Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

AUTONOME ANT

„Die kleinen Strolche


Nr. 336

15. Juni 1995



Inhalt:

Ordner:



Terroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen nicht die, die sie in die Luft sprengen !!

Stoppt die rasssistische Asyl- und Abschiebepolitik des deutschen Staates!

Wir haben in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag, den 7./8. Juni 95 mehrere voluminöse Feuermischungen unter drei Fahrzeuge der Bau- und Gerüstfirma ALLROUND gelegt, weil sie durch die Beteiligung am Bau des Abschiebeknastes Berlin-Grünau eine Mitverantwortung an der Abschiebung zahlreicher Flüchtlinge und ImmigrantInnen in Kriegs- Krisen und Armutsregiuonen trägt.
Sie verdienen ihr Geld an einem Bau, in dem Menschen für Wochen und Monate eingeknastet werden, nur weil sie ihr Recht in Anspruch genommen haben, ihren Anteil am Reichtum einzufordern.
Die Abschiebung bedeutet für Flüchtlinge nicht nur Armut und Elend sondern vor allem auch Folter, Gefängnis und Tod .

* Am Montag, den 22.5.95 wurde die Kurdin Havva Koc von Berlin-Schönefeld aus nach Istanbul abgeschoben, wo sie sofort von Zivilpolizisten festgenommen wurde. Ihr weiterer Verbleib ist unklar.
Ab 12.Juni 95 wird der Abschiebestopp für KurdInnen aufgehoben. In Kurdistan führt das türkische Militär seit Jahren einen Krieg nicht nur gegen bewaffnete ERNK- Einheiten der PKK sondern auch oder insbesondere gegen die kurdische Zivilbevölkerung und jegliche Unabhängigkeitsbestrebungen.. 2000 Dörfer wurden zerstört, 500-600 Jahre Haftstrafen für SchriftstellerInnen und JournalistInnen verhängt; über 100 Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Organisationen verboten und mehr als 100 Publikationen beschlagnahmt oder zwangseingestellt (Özgür Gündem, Özgür Ülke u.s.w.)
(aus einem Bericht des türkischen Menschenrechtsvereins von 1994)
Durch Waffenlieferungen an den Nato-Partner Türkei beteiligt sich die BRD an diesem schmutzigen Krieg.:
Also erst Waffen zur Bekämpfung von KurdInnen schicken, dabei kräftig absahnen und dann jene, die wegen diesem Krieg hierher fliehen, wieder abschieben. Der deutsche Staat dreht kräftig mit am Kreislauf des Todes!!!!

"Wenn heute, knapp 2 Jahre nach defacto Abschaffung des Asylrechts (Artikel 16 GG) PolitikerInnen anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus von Gedenken, Frieden und Versöhnung sprechen, klingen ihre Worte nach Heuchelei. Es ist ein Gedenken, das sich nicht scheut, Roma nach Rumänien zu deportieren, wo sie noch heute Verfolgung, Diskriminierungen und Pogromen ausgesetzt sind. Es ist ein Bekenntnis zum Frieden, das nicht zögert, nach Ex-Jugoslawien abzuschieben: Deserteure, die sich durch ihre Entscheidung aktiv dem Kriegsgeschehen widersetzt haben, vergewaltigte Frauen, alte Menschen, schwerkranke und mißhandelte Kinder."(...)
Drohende Verschärfungen und Ausweitungen des Asylbewerber-Leistungsgesetzes, überfüllte Abschiebegefängnisse, die Heranziehung von sog. Sicherheitspersonal aus dem Herkunftsland des Flüchtlings bei der Abschiebung bis hin zur geplanten Chipkarte, die quasi jede Bewegung eines Flüchtlings erfassen soll, zeigen an, daß das rassistische Repertoire dieser Innenminister noch nicht erschöpft ist.
(Auszug aus einem Flugblatt zum Demo-Aufruf gegen die Innenminister-Konferenz in Berlin ,Mai 95)

WIR Fordern das Bleiberecht für alle Flüchtlinge und Immigrantinnen. Nicht nur weil die BRD durch ihre imperialistische Politik im Trikont (sog. 3.Welt) die Ursachen für die Fluchtgründe (Armut, Krieg u.s.w.) selbst mitproduziert und zu verantworten hat, sondern auch weil wir eine Gesellschaft wollen, in der es scheißegal ist, ob jemand grün,schwarz, weiß oder lila ist; einen Paß aus sonstwas für einem Staat besitzt oder die Sprache xy spricht. **Das ist uns scheißegal. Alle haben das Recht hier zu leben. BASTA!!!!**

Am 7.5.95 demonstrierten 2000 Menschen im westfälischen Büren an einer von über 40 Flüchtlingsgruppen, Organisationen unterstützten Demo gegen den dortigen Abschiebeknast. " Der Knast in Büren (600 Plätze) stehe exemplarisch für die penible, staatliche Umsetzung des deutschen Rassismus" (so eien Rednerin auf der Abschlußkundgebung)

Am 18.5.95 demonstrierten ebenfalls 2000 Menschen gegen die Innenministerkonferenz in Berlin und die Abschiebungen von Flüchtlingen..
Niemand kann heute behaupten, von allem nichts gewußt zu haben. Die Arbeitsteilung läuft wie geschmiert.
Die einen verabschieden rassistische Gesetze, die anderen verfrachten Flüchtlinge in Flugzeuge, wieder andere bauen Abschiebeknäste - sowie ALLROUND !!!
Der Knast in Grünau soll nach Fertigstellung rund 400 Plätze haben. Leider wurde ein geplanter Anschlag von dem K.O.M.I.T.E.E. scheinbar kurz vorher von den Bullen vereitelt.
Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!
Und wenn Worte unerhört bleiben, muß die Sprache der Gewalt erhoben werden. HUGH !!!

Offene Grenzen für alle !!!
Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf!!!
Viel Spaß, Kraft und Liebe wünschen wir Bernhard, Thomas und Peter auf der Flucht.
Leben und kämpfen kann mensch überall!
Sofortige Freilassung von Beate K. und selbstverständlich auch für Mumia Abu Jamal
Solidarische <Grüße auch an das K.O.M.I.T.E.E.

Tschüß bis demnächst
Das K:O:L:L:E:K:T:I:V: Berlin, 7./8. Juni 1995

Veranstaltung im EX am 23.6. 20 Uhr

Unterstützt den Wendländischen Widerstand

In den letzten Monaten ist im Wendland ein neuer Widerstand entstanden, dessen Bedeutung nicht nur auf die Region begrenzt ist. Vielmehr bietet sich erneut die Chance - aber auch die Notwendigkeit - das bundesrepublikanische Atomprogramm an seinem politisch und technisch schwächstem Punkt anzugreifen. Die "Entsorgung" abgebrannter Brennelemente ist nach wie vor ungeklärt. Betriebsgenehmigungen für neue AKWs lassen sich nur durch die Änderung von Gesetzen erreichen. Ein sicheres Endlager existiert weltweit und erst recht nicht in der BRD!

Gesellschaftlich hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die Atomtechnologie ein Auslaufmodell ist. Daran werden auch die von der Bundesregierung im Zuge der drohenden Klimakatastrophe angezettelten "Diskussionen", ob AKWs indirekt zum Schutz der Ozonschicht beitragen, unserer Meinung nach wenig ändern. Nach den Auseinandersetzungen Mitte der 80er Jahre in Folge des GAUs in Tschernobyl existiert in der BRD ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der auf der einen Seite den Betrieb bestehender AKWs zuließ, auf der anderen Seite den Bau weiterer AKWs verhinderte. Bei SPD/Grünen wird das "Einstieg in den Ausstieg" genannt.

Aber die Atommafia hat einen sehr langen Atem! Einflußreiche gewerkschaftliche Kreise wie die IG Chemie und die IG Bergbau und Energie, die Industriebosse von Siemens und den meisten großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU's) basteln seit einigen Jahren an einer neuen "Akzeptanzstrategie". Diesen Herrn kam das Ozonloch gerade recht. Zudem erhoffen sich die Siemens-KWU und der französische Atommonopolist Framatom neue lukrative Geschäfte in der sogenannten "Nachrüstung" der maroden osteuropäischen Atommeiler. Für den Export neuer Atomkraftwerke wird von den beiden größten europäischen AKW-Baukonzernen gerade ein angeblich völlig neuer und 'todsicherer' Kraftwerkstyp entwickelt Für diesen in ein paar Jahren fertigen Atomreaktor soll erstmals in der Geschichte des deutschen Atomprogramms ein standortunabhängiges, sehr vereinfachtes Genehmigungsverfahren durchgezogen werden. Auf diese Weise erhofft sich die Atommafia, dem zu erwartenden Widerstand von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Allerdings ist die Befürworter-Front bei den möglichen Auftraggebern für solch einen neuen Reaktor nicht mehr so eindeutig klar wie zu den Zeiten der Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf. Viele EVU's leiden unter Überkapazitäten. Sie haben zu viele Kraftwerke und die Stromkunden finden immer mehr Gefallen am Stromsparen. Zudem erwächst gerade eine neue unliebsame Konkurrenz für die Stromkonzerne heran. Das sind die kleinen städtischen Blockheizkraftwerke und die sogenannte Alternativenergie wie Wind- und Wasserkraftwerke.

Für einen neuen Reaktortyp powern die Bundesregierung, einige EVU's - wie die von der CSU beeinflußten bayrischen Stromkonzerne - und der Siemenskonzern, der schon in den letzten 30 Jahren weit mehr als 10 Milliarden DM Subventionen für die Entwicklung der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie erhalten hat. Für den neuen Atommeiler gibts angeblich einen großen Exportmarkt in Osteuropa wie in Ostasien. Auch Teile der SPD wie u.a. Ministerpräsident Schröder setzen sich (noch sehr vosichtig andeutend) für ein neues Atomprogramm ein. Und bei den Grünen ist es unserer Meinung nur noch eine Frage von Jahren, bis auch sie sich für den neuen Atomreaktor - jetzt schon in gewissen Kreisen "Ökorekator" genannt - aussprechen, spätestens wenn sie in Bonn auf den Regierungsbänken Platz nehmen. Die PDS brauchen wir gar nicht zu erwähnen, die hat noch nie was gegen exportfähige, "arbeitsplatzsichernde" Großtechnologie gehabt. Aber wie vor 20 Jahren ist vieles reine Propaganda. Die angebliche Zukunftstechnologie Atomkraft ist bisher zu keinem Exportschlager geworden. Was mit den AKW's exportiert werden soll, ist eine technologische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den multinationalen Konzernen. Und was auch exportiert wird, ist die weitere ökologische Zerstörung. Derzeit steigen Siemens und die französische Betreiberfirma Cogema massiv in den Uranabbau in der kanadischen Provinz Saskatchewan ein, wo sich die indianische Bevölkerung gegen die Ausweitung des Uranabbaus vehement wehrt.

Was uns über die Beschreibung der Absichten und Hintergründe der Atommafia hinaus fehlt, ist eine eigenständige Position, warum wir gegen AKW's sind.
Unsere bisherige Argumentation bietet zunächst einmal auch nur reformistische Perspektiven an. Wir wissen, daß mit dem möglichen Kippen des Atomprogramms wir nicht das System kippen werden. Diese Wunschträume während der Kämpfe an den Bauzäunen von Brokdorf und Wackersdorf sind zerstoben. Und dennoch bietet sich eine neue Chance, dem Staat und einigen Großkapitalisten eins gehörig vor den Bug zu knallen. Auf der praktischen Seite erweist sich die Durchsetzung des Atomprogramms in der Frage des Castortransports am angreifbarsten.

Der Castor ist die Achillesferse des deutschen Atomprogramms! Das haben die letzten Monate mit zahlreichen Anschlägen auf Bahngleise, Sabotageakte, Anschläge auf Strommasten und die breite Entfaltung des Widerstands im Wendland gezeigt. Somit bietet sich die Chance, mit der erfolgreichen Blockade der Castor-Transporte das Atomprogramm tatsächlich erheblich zu verzögern. - Allerdings, nur über diesen „Druck der Straße" läßt sich der Ausstieg erreichen.

Aber warum sind denn nun wir grundsätzlich gegen AKW's? Klar, wir haben es immer abgelehnt, mit der Angst vor radioaktiver Strahlung Politik zu machen. Und viele Argumente aus den Zeiten der Bauzaunkämpfe vor Brokdorf tauchen heute bei den "Grünen" auf. Dezentrale "alternative Energieprogramme" sind seit Jahren der Renner in den Ökofachzeitschriften und bei grünen KommunalpolitikerInnen.

Trotzdem haben wir nix gegen eine die Natur und Umwelt schonende Energieversorgung, das ist doch wohl Bestandteil jeglicher revolutionärer Utopie, oder? Aber was ist mit der alten These von Atomkraftwerken und der Konzentration von Macht? (Der alte Chef der Deutschen Bank Hermann J. Abs prägte vor 20 Jahren die Formel "Elektrizität ist Macht"). Eine weitere These war und ist, daß Atomkraftwerke nur die Fahnenträger des großtechnologischen Angriffs des Kapitals (dies galt auch schon damals für den Realsozialismus) sind. Was ist damit angesichts unseres zumindest zwiespältigen Verhältnisses zu Computern, EDV etc? Atomkraft, Bio- und Gentechnologie werden von den Herrschenden als „Zukunftstechnologien" eingestuft. Diese Technologien sind menschenfeindlich, egal in welchem Wirtschaftssystem. Warum sind wir dann nicht offensiv „technologiefeindlich"?

Wir müssen erstemal festhalten, daß wir dazu in letzten Jahren keinerlei Diskussionen angezettelt haben. Das Feld haben wir den Grünen und den Überresten der alten Anti-AKW-Bewegung überlassen. Das ist auch erstemal nicht weiter schlimm. Wenn wir uns aber überlegen, kontinuierlich wieder in die Kämpfe um den Castortransport einzusteigen, sollten wir schon eigene Positionen mitbringen. Und wir fahren wohl ja nicht nur dorthin, weil's da eine schöne Randale geben könnte, oder?

Für uns, die wir wehmütig auf die militanten Auseinandersetzungen in Wackersdorf oder Brokdorf Mitte der 80er zurückblicken, wirkt der derzeitige Widerstand im Wendland etwas irritierend. Er ist geprägt von einer hohen Moral, die auf der einen Seite die Legitimität von Sachbeschädigungen nicht in Zweifel zieht, auf der anderen Seite aber auch in hilflose Appelle an Politiker mündet. In der moralischen und gesellschaftlichen Legitimität des Widerstands liegt aber auch ein Grund für die Dauerhaftigkeit der Anti-AKW-Bewegung im Wendland. Diese Bewegung formiert sich wie schon so oft in den letzten Jahren neu. Auf der Demonstration in Hannover am 13.5.95 ist deutlich geworden, daß das Wendland Bezugspunkt für viele jüngere AKW-GegnerInnen wird und sich darüber hinaus die verschiedenen "Widerstandsgenerationen" wieder einfinden.

Derzeit ist im Wendland klar, daß der nächste Castor-Transport teurer werden soll und wahrscheinlich auch wird. Der erste Transport hat den Widerstand nicht gebrochen. Im Gegenteil, die verschiedenen wendländischen Anti-AKW-Gruppen erhalten Unterstützung aus der Region wie schon lange nicht mehr. Demgegenüber ist die Unterstützung aus Städten wie Bremen, Hannover und Berlin eher dürftig. Dies wollen wir zumindest was Berlin betrifft in Zukunft ändern. Wir denken, daß eine überregionale Unterstützung des wendländischen Widerstands. Eine Möglichkeit wäre, auch den dritten und vierten Castor zu einem Millionenverlust für die Atomlobby zu machen.

Deshalb werden wir am 23. Juni eine Veranstaltung mit Menschen aus dem Wendland im EX organisieren. Zum nächsten Castor-Transport, der voraussichtlich im Spätsommer stattfinden wird, werden wir versuchen durch eine Demo oder ähnliche Aktionen in Berlin auch denjenigen, die nicht ins Wendland fahren werden, eine Möglichkeit zugeben, ihren Protest auszudrücken. Zum anderen wollen wir zusammen mit anderen Gruppen möglichst viele Menschen von Berlin nach Gorleben mobilisieren.

Der nächste Castor wird teurer!

AOK

Anschlag auf Bahnlinie nahe Uelzen

nt/ca Uelzen. Erneut verübten Unbekannte einen Anschlag auf die Bahnlinie Hannover-Hamburg. Ein Polizeisprecher vermutete, daß militante Atomkraftgegner hinter der Tat stekken, da am Tatort Anti-Castor-Aufkleber gefunden wurden.

Laut Polizei schleuderten die Täter am späten Dienstag abend bei Kleinsüstedt (Kreis Uelzen) eine sogenannte Hakenkralle in eine Oberleitung. Dadurch seien die Stromabnehmer zweier Loks beschädigt worden. Züge hätten die Strecke nur eingleisig befahren können, dadurch habe es Verspätungenen gegeben. Es habe bis Mittwoch morgen um 8.30 Uhr gedauert, bis der Schaden behoben werden konnte. Personen- und Güterzüge hatten bis zu knapp drei Stunden Verspätung.

Erneut Anschlag auf Stromleitung der Bahn

GÖTTINGEN (dpa). Mit Betonplatten haben unbekannte Täter am Sonntag in Göttingen erneut einen Anschlag auf die Bahn verübt. Wie die Polizei mitteilte, wurde eine Lokomotive beschädigt, der Lokführer blieb unverletzt. Die Täter haben den Ermittlungen zufolge von einer Brücke aus zwei mit einem Seil verbundene Betonplatten über die Oberleitung geworfen. Das Tragseil sprang daraufhin aus seiner Halterung und verursachte einen Kurzschluß. Ein Güterzug fuhr nach Angaben der Polizei in die hängenden Leitungen und riß sie auf einer Länge von 400 Metern ab.

Hase und Igel

ist ein neues wendländisches Spiel, um mit geringen Mitteln maximale Wirkung zu erzielen. Die Idee zu diesem unterhaltsamen Spiel entstand während der Aktion "Abschalten!" am Dannenberger Verladekran.
Das Ziel des Spiels ist sonnenklar und kein anderes als bei "Ausrangiert!" und "Abschalten!":
Den Transportweg für Atommüll wollen wir unpassierbar machen.

Re-

Spielvorbereitung

Das Spielfeld ist an wechselnden Orten, vorzugsweise aber nahe dem Verladekran. Mitspielen können alle WendInnen, die sich in die Spielerliste eingetragen und Lust an diesem Spiel haben. Diese Liste liegt an den bekannten Lokalitäten aus.
Ab sofort meldet die Spielleitung für jeden Sonntag um 11 Uhr eine Aktion am Verladekran oder in Gorleben an, z.B. eine Mahnwache, eine Andacht oder einen Bahnspaziergang.

pu-

Spiel-BeobachterInnen

Unser Spiel entfaltet sich besonders dann ungezügelt, wenn es gar keine oder wenige Gegenspieler gibt. Andächtige oder bahnspazierende WendInnen halten nach ihnen Ausschau. Wenn sie eher durch Abwesenheit glänzen, geht das Spiel los:

blik

Spielbeginn

Der Igel informiert im Kettenrundruf alle MitspielerInnen, die sich dann sofort auf den Weg machen. Und schon wenig später ist die Landschaft irgendwie verändert ...

Frei-

Spielregeln

Es können - während wir Igel uns zeigen - Gegenspieler auftreten. Sind es nur wenige, spielen wir das Spiel zuende; werden es zuviele, gehen wir nachhause. Dort bleiben wir immer, wenn sich Gegenspieler massiv einmischen wollen.
Alle Igel haben Zeit und warten ...
Alle Igel spielen gewaltfrei, in zivilem Ungehorsam. Wer will, erklärt sich mit der Veröffentlichung der Teilnahme an diesem gesundheitsfördernden, sportlichen Vergnügen einverstanden.

es

Spielleitung

"Hase und Igel" ist ein sehr dynamisches Spiel; die Orte und Regeln können ständig geändert und verbessert werden. Mit Sicherheit gibt es viele Möglichkeiten, daß mehr als ein halbes Dutzend Igel ein bißchen Regie führen. Wer also nicht in der jetzigen Spielleitung Platz findet, kann sicherlich auch eigenständige Variationen erfinden und durchspielen.

Wend-

MitspielerInnen

Der Igel sagt: "Ick bün all dor!" und zeigt seine Stachel. Es sind mindestens 100 echte wendländische Stachel, die bereit sind, dem Hasen zu trotzen. Manchmal helfen auch schon 7 Stachel ganz schön weit!
Die Igel gehen nicht jeden Sonntag auf die Schiene, sondern bleiben meistens gemütlich zuhause oder genießen die wendländische Frischluft in der Lucie. Und dann sind sie plötzlich da!

land

Übrigens

Wendländische Igel mögen nicht gern Auto fahren, nicht nur wegen der Nummernschilder.

ick bün all dor lauf Hase lauf alle Räder stehen still wenn die Sonne scheint am Kran beenden wir den Castorwahn!

CASTORNIX-CARAVANE 95

Über das Wochenende vom 12.-15. Mai haben wir die Route für eine zweite Castornix-Caravane geplant. Thema der Tour soll die langsam flächendeckende Verstrahlung durch Atomkraftwerke, deren Müll und Unfälle sein wie auch die zunehmende Kriminalisierung des Wiederstands.
Der Zeitrahmen für die Tour ist vom 8.Juli bis zum 13.August festgesetzt, die einzelnen Haltepunkte und -zeiten können sich noch leicht verschieben, da mit den einzelnen Ortsgruppen erst jetzt Kontakt aufgenommen wird.





7./8. Juli Treffen am Zwischenlager Gorleben
SO 9. Abfahrt über Lüchow
MO 10. abends Braunschweig
DI 11. nachmittags Schacht Konrad / Salzgitter
MI 12. nachmittags Abfahrt
DO 13. Frei
FR 14. mittags Morsleben
SA 15. abends Magdeburg
SO 16. Magdeburg
MO 17. früh Abfahrt
DI 18. nachmittags Brandenburg
MI 19. früh Abfahrt , abends Potsdam
DO 20. Potsdam
FR 21. mittags Berlin
SA 22. Berlin
SO 23. Berlin
MO 24. Abfahrt, abends Oranienburg
DI 25. Rheinsberg/Fürstenberg
MI 26. Neustreelitz
DO 27. Neubrandenburg
FR 28. abends Greifswald / Lubmin
SA/SO Greifswald
MO 31. Abfahrt bis Strahlsund
DI 1. Ostsee
MI 2. Ostsee
DO 3. mittags Rostock
FR 4. mittags Abfahrt
SA 5. Kühlungsborn
SO 6. Rerik
MO 7. Wismar
DI 8. Schwerin
MI 9. Fahrt
DO 10. abends Krümmel
FR 11. Krümmel
SA 12. Lüneburg
SO 13. Dannenberg/Verladen!

Kontakt: Jens Burchardt, 29491 Lomitz 54 Wendland

Teuerster Transport aller Zeiten auf der Schiene

Ein „Rekord" ist dem Castortransport schon sicher: Er zählt zu den teuersten Gütertransporten auf Schienenwegen. Allein die im Regierungsbezirk Lüneburg anfallenden Kosten werden von der Landesregierung mit 28 Millionen Mark angegeben. Rund 6 500 Beamte waren im Einsatz. In Hessen kostete der Einsatz der Polizei weitere drei Millionen Mark. Dazu kommen noch die Kosten für die Sicherung des Transports in Baden-Württemberg und den anderen betroffenen Regierungsbezirken Niedersachsens. Außerdem hatten mehrere Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes die Aufgabe, die Schienenwege zu sichern. Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) hat bereits damit gedroht, die Bundesregierung auf Kostenersatz zu verklagen. lni



Der nächste Zug soll bald rollen

Ins Zwischenlager Gorleben sollen in nächster Zeit weitere Atommüll-Züge rollen. Allein in diesem Jahr sollen es noch fünf Transporte sein — bis einschließlich 2000 mindestens 74.

1996 wird es voraussichtlich zwölf Transporte geben, in den Folgejahren bis 2 000 jeweils bis zu 15. Als nächster wird aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague bis spätestens Juni eine erste Lieferung mit „heißem" Atommüll erwartet, der bei der Aufarbeitung deutscher Kernbrennstäbe angefallen ist. Es handelt sich um 28 Glaskokillen, die in einem Stahlbehälter nach Gorleben befördert werden sollen.

Bei der Genehmigung des Zwischenlagers Gorleben 1983 war ausdrücklich als Bestimmungszweck die Aufnahme dieses Atommülls aus der Aufarbeitung festgeschrieben worden. Nach La Hague und in die britische Anlage Sellafield gingen allein zwischen 1973 und 1993 rund 1 370 Transporte mit abgebrannten Brennstäben aus deutschen Atommeilern. Nach den Verträgen mit beiden Unternehmen muß nicht nur bis 2003 der Nuklearabfall zurückgenommen werden, sondern auch das bei der Aufarbeitung anfallende hochgefährliche Plutonium. Es soll im staatlichen „Plutoniumbunker" in Hanau gelagert werden.

Zwei weitere Atommüll-Lieferungen aus La Hague sollen im Laufe des Jahres kommen. Außerdem werden abgebrannte Brennstäbe aus den Kernkraftwerken Gundremmingen (Bayern) und gegen Jahresende auch aus Biblis (Hessen) nach Gorleben verschickt. dpa



... das bisherige Vorgehen der Polizei als zum Teil „plan- und ziellos".

Nach Angaben der Bundesbahn wurden in der Nacht zu gestern in Norddeutschland und auf der Nord-Süd-Achse südlich von Frankfurt insgesamt sechs Oberleitungen durch Wurfanker herabgerissen. Zehntausende Pendler hätten Verspätungen in Kauf nehmen müssen. Am Mittag seien alle betroffenen Strecken wieder befahrbar gewesen.

Im Bahnhof Hitzacker errichteten in der Nacht zum Dienstag rund 600 Demonstranten brennende Barrikaden auf den Schienen. Später steckten sie einen Eisenbahnwaggon in Brand.



Peru: Blackout im Leuchtturm der Weltrevolution

Volkskrieg gegen Volksküche

WoZ Nr. 13, 31. März 1995

Aus seiner Gefängniszelle heraus verkündete der Sendero-Luminoso-Chef Abimael Guzmán die neue Linie: Kampf den Basisorganisationen und Verständigung mit den Machthabern. Machthaber Alberto Fujimori, der einen Geburtstagskuchen in den Knast schickte, will am 9. April zum zweiten Mal Staatspräsident werden; die Guerilla, die er besiegte, hilft ihm dabei.

Von Gaby Weber, Lima

In Peru ist Ruhe eingekehrt. «Heute sterben aufgrund politischer Gewalt täglich nur noch zwei Menschen. Früher waren es dreissig», sagt Susana Villarán von der peruanischen Menschenrechtskommission. Damit hat Präsident Fujimori sein Wahlversprechen, den Bürgerkrieg zu beenden, erfüllt, und es sieht so aus, als würde es ihm die Bevölkerung bei den kommenden Wahlen am 9. April danken wollen.

Vor fünf Jahren war alles ganz anders: eine Inflation von fast achttausend Prozent; Überfälle und Morde; Krieg zwischen Sendero Luminoso, dem Leuchtenden Pfad, und der Armee; auf den Bürgersteigen zerbombte Autowracks, Einschüsse in Mauern und Fassaden, Panzerfahrzeuge, schwerbewaffnete Posten und jeden Tag stundenlange Stromausfälle, weil wieder Masten gesprengt worden waren. Die Machtübernahme stehe unmittelbar bevor, frohlockte damals «Präsident Gonzálo», wie seine AnhängerInnen den Sendero-Anführer Abimael Guzmán nennen, den «Leuchtturm der Weltrevolution», das «vierte Schwert des Marxismus», gleich nach Marx, Lenin und Mao.

Präsidenten unter sich

Jahrelang hatten Polizei und Militärs die Aufständischen mit Folter und systematischem Mord verfolgt. Ohne Erfolg. Je erbarmungsloser sie vorgingen, desto mehr trieben sie die Bauern in die Arme von Sendero. Dann änderten sie ihre Taktik, und im September 1992 verhaftete die Polizei Guzmán in einer Villa in Lima – ohne Gegenwehr und ohne dass ein Tropfen Blut geflossen wäre. Das war vorerst das Ende des Bürgerkriegs, auf dessen Konto in dreizehn Jahren 25 000 Tote, 30 000 Waisen, 600 000 aus ihrer Heimat vertriebene Bauern und ein Sachschaden in Höhe von 25 Milliarden US-Dollar gingen – mehr als die gesamten Auslandschulden des Landes. Wenige Tage später flimmerten die berühmten Bilder um die Welt: «Präsident Gonzálo», gefangen im Käfig, in gestreifter Häftlingskleidung, unrasiert.

Ein Jahr danach: Von Befehlshaber zu Befehlshaber bietet Abimael Guzmán Präsident Alberto Fujimori Friedensverhandlungen an, per Video, ausgestrahlt vom peruanischen Fernsehen. Dem Publikum präsentiert sich Guzmán als gepflegter Mann, mit schwarz gefärbten Haaren, in hellbrauner Uniform, seine mitgefangene Freundin Elena («Genossin Miriam») ergeben an seiner Seite, und er verkündet: «Die Fakten beweisen, dass Ihre Regierung, Herr Präsident, Fortschritte erzielt hat. Es gelang unter Ihrer politischen Führung, eine neue Strategie und eine ausgezeichnete Geheimdienstarbeit zu entwickeln. Durch die Verhaftung unserer Führung erzielten Sie einen herausragenden Erfolg. Wir erlitten einen harten Schlag. Die Führung im Volkskrieg ist entscheidend. Angesichts unserer Verhaftung sind die Bedingungen für einen erfolgreichen Volkskrieg nicht gegeben. Daher bitten wir Sie, Herr Präsident, Gespräche mit uns aufzunehmen, die zu einem Friedensabkommen führen. Marinegefängnis, Callao, 6. Oktober 1993, Abimael Guzmán.»

Viele SenderistInnen, vor allem in den Hochsicherheitsgefängnissen, hielten die Aufforderung ihres Vorsitzenden für Manipulation, Produkt von Folter, Gehirnwäsche oder Drogen. Zum Beispiel Sybila Arguedas, die Witwe des 1969 verstorbenen peruanischen Dichters José María Arguedas. Sie verbüsst eine zwölfjährige Strafe und gilt als überzeugte Senderista. «Viele fanden den Sinneswandel merkwürdig und vermuteten eine Verschwörung», so ihre Tochter Carolina Tellier Arguedas zur WoZ, «das änderte sich, nachdem gefangene Kader in andere Gefängnisse eingeflogen wurden, um den Gefangenen die neue Linie von Präsident Gonzálo zu erläutern und Richtlinien für das künftige revolutionäre Verhalten zu erteilen.» Sybila Arguedas hält Guzmán ungebrochen die Treue. Und seit den Friedensverhandlungen hofft Carolina auf Haftentlassung, nachdem ihre Mutter zwei Drittel der Strafe verbüsst hat. Papier und Bleistift darf sie ihr immer noch nicht mitbringen, aber einen Fortschritt gab es: «Nachdem bekanntgeworden war, dass Präsident Fujimori Guzmáns Genossin Elena mit einer Torte zum Geburtstag gratuliert hatte, dürfen auch wir unseren Angehörigen einen Geburtstagskuchen mitbringen.»

Die Linie Guzmáns, wonach ohne seine Führung der Volkskrieg nicht zu gewinnen sei, hat sich durchgesetzt. Nur eine kleine Gruppe Abtrünniger hat sich ins Landesinnere zurückgezogen und macht gelegentlich mit kleineren Anschlägen von sich reden. Konkretes über die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Sendero Luminoso sei aber bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangt, sagt Susana Villarán von der Menschenrechtskommission. Sie glaube nicht, dass Guzmáns Sinneswandel durch Folter erpresst wurde. Allem Anschein nach werden seine Rechte auf dem Marinestützpunkt Callao, wo er eine lebenslange Strafe wegen Hochverrats verbüsst, respektiert. Das Rote Kreuz konnte ihn dort besuchen und berichtete: «Es geht ihm gesundheitlich gut, er hat ausreichend Kleidung und Nahrungsmittel, die Verwandten können ihn einmal im Monat sehen. Er verfügt über Lektüre, und wenn das Zentralkomitee über die Friedensverhandlung diskutieren will, werden die Kader ins Gefängnis geflogen.»

Unmittelbar nach Guzmáns Verhaftung erliess Fujimori das Reue-Gesetz, das MitläuferInnen Milde und sogar Straffreiheit verspricht, wenn sie mit den Behörden zusammenarbeiten. «Die Bedingung war, dass sie mindestens zehn MitkämpferInnen verraten müssen», berichtet Susana Villarán. «Das hat in der Praxis dazu geführt, dass völlig Unschuldige mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht wurden, rivalisierende Gemeinden beschuldigten sich gegenseitig, und alte Rechnungen wurden beglichen. Ganze Dorfgemeinschaften wurden verhaftet, nur weil sich jemand mit einer Beschuldigung freikaufen wollte. Derzeit sitzen Tausende unter der Anklage der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Haft, und uns fehlen die Mittel, so viele zu verteidigen.»

---

lager der Volksküche in die Luft. Die Linke beschloss, Sendero politisch zu bekämpfen. «Doch der führte keinen Dialog, sondern erteilte Befehle oder liquidierte die Ungehorsamen. Ich glaube, dass die Linke einen Fehler beging, als sie die inhaltliche Auseinandersetzung suchte.»

Martas Schwester María Elena führte die Demonstration gegen die Bombe im Lebensmittellager der Volksküche an. Senderisten überfielen den Zug, schossen María Elena nieder, banden ihr eine Dynamitstange an den Gürtel und sprengten sie in die Luft. Als Sendero-Chef Guzmán verhaftet wurde, brach in der Siedlung grosse Erleichterung aus. Doch statt mit der Truppe aufzuräumen, so Marta Moyano, anerkannte die Regierung die Inhaftierten als politische Anführer.

In den «jungen Dörfern» munkelt man, dass Sendero Luminoso in Zukunft legal arbeiten will, nicht als Partei, aber auf Gewerkschafts- und Stadtteilebene. Und El Salvador ist für sie von strategischer Bedeutung. Marta Moyano: «Oben auf dem Hügel nahmen sie dreissig Grundstücke in Beschlag und errichteten Hütten. Dann versuchten sie, unsere Gemeindeverwaltung zu übernehmen, indem sie die gewählten Delegierten als korrupt und unfähig beschimpften. Irgendwas bleibt immer hängen, und die Leute sind verunsichert. Danach kamen sie zur Frauengruppe, in der durch den Tod von María Elena ein Vakuum entstanden war. Ihre Vertreterin hatte einer Unterorganisation von Sendero angehört, der Roten Hilfe. Sie warf unsere Leute hinaus, unterteilte die Gruppe in Untergruppen und schwächte sie damit.»

Noch sind die Erinnerungen an den Terror des Leuchtenden Pfades frisch, meint Marta Moyano, und die Versuche seiner Mitglieder, die Selbsthilfegruppen zu unterwandern, konnten bisher vereitelt werden. Doch für die Streitereien mit den Maoisten gehe zuviel Zeit und Energie verloren, so dass die Kraft zu neuen Projekten fehle, sagt Marta Moyano. Die Mörder ihrer Schwester konnten ermittelt werden. Sie waren auch verantwortlich für den Bombenanschlag auf einen Fernsehkanal und für die Autobombe in Miraflores, die über dreissig Personen tötete. Kaum in Haft, beriefen sie sich auf das Gesetz der tätigen Reue und wurden auf freien Fuss gesetzt. ■

Er wollte nur das Beste

Das Polizeipräsidium, mitten im Zentrum Limas, wirkt keineswegs bunkerhaft. Die Türen stehen offen, die Uniformierten hinter der Eingangspforte nicken müde, nach Ausweisen oder dem Grund des Besuchs wird nicht gefragt. Warum auch? Die Gegner von früher gehen jetzt hier ein und aus, in gelockerter Atmosphäre, scheint es. Über fünftausend bewaffnete Kämpfer, die sich auf das Reue-Gesetz beriefen, arbeiten mit ihren einstigen Verfolgern zusammen.

Die Regierung habe zu unkonventionellen Methoden greifen müssen, verteidigt Juan González die Nachsicht für den Leuchtenden Pfad. Frieden sei wichtiger als Strafverfolgung. Der Oberst der peruanischen Polizei hat sich mit der Verhaftung des Sendero-Chefs Guzmán Sporen verdient. Warum sich Sendero so lange halten konnte? Weil die Guerilla von der Kokainmafia Schutzgelder kassierte, erklärt der Fahnder. Es ist ein offenes Geheimnis, dass seit der Verhaftung Guzmáns die Militärs diese Schutzgelder kassieren. Oberst González streitet das natürlich ab: «Im Huallaga-Tal kassieren die Abtrünnigen, kleine Gruppen von Senderisten ohne militärische Bedeutung.»

Der Oberst findet für den Mann, dessen Bürgerkrieg siebenhundert seiner Kollegen das Leben gekostet hat, nur gute Worte: «Auch wenn er sich in Strategie und Methode irrte: er war sicherlich stets davon überzeugt, das Beste für sein Land zu tun.» An manchen Tagen entsteht vor seiner Tür ein regelrechtes Gedränge, wenn die Spitzel zum Rapport erscheinen. Heute wartet eine junge Frau auf dem Flur: Rita. Sie war mit neunzehn zum MRTA gestossen, zur Revolutionären Bewegung Tupac Amaru. Diese Gruppe entführte Unternehmer, überfiel Lebensmitteltransporte und verteilte die Beute in den Armenvierteln. Dort wurden denn ihre Mitglieder auch Guerilleros genannt, während die Senderistas als Terroristen galten. Der MRTA ist heute politisch wie militärisch am Ende, seine Anführer sitzen in Haft, lehnen aber Friedensverhandlungen mit Fujimori als «feige» ab.

Ritas Bruder war ein hochrangiger MRTA-Kader. Sie selbst hatte als Sympathisantin an kleineren Aktionen teilgenommen. Dann wurde ihr Bruder verhaftet. Er hatte die Alternative, lebenslänglich einzusitzen oder Verrat zu üben. Er entschied sich für letzteres, konnte aber nicht genug Namen liefern. Die Schwester, selbst nie inhaftiert, liess sich in mehrere linke Gruppen einschleusen. «Ich habe getan, was man von mir verlangte. Und zum Schluss kam mein Bruder heraus.»



Strassenszene in Lima: Fujimoris Wirtschaftswunder kennen die meisten PeruanerInnen nur vom Hörensagen



Marta Moyano

Ein schlechtes Gewissen plagt Rita nicht. Aber sie hat Angst vor der Enttarnung. Sie habe bereits zu viele Dinge auffliegen lassen. Jetzt, so erklärt Oberst González in ihrem Beisein, will er sie mit neuer Identität im europäischen Ausland unterbringen. Dort will Rita eine neue Existenz aufbauen, am liebsten an der Seite ihres Bruders. Dort kann es ihr allerdings passieren, dass sie nur einem neuen Führungsoffizier unterstellt wird, einem französischen, deutschen oder schweizerischen, um die Exilszene auszuforschen.

In Eintracht gegen die Armen

Über achttausend Anzeigen erbrachte das Reue-Gesetz, und die Angeschuldigten wurden nicht, wie die Sendero-Führung, mit Samthandschuhen angefasst. Fast alle von ihnen wurden gefoltert, darunter auch AktivistInnen der Menschenrechtsgruppen. Vorher waren sie von Sendero als «reformistisch» beschimpft und mit Bomben bekämpft worden, denn auch Sendero, ebenso wie die Regierung, hält «Menschenrechte, für liberalen Mumpitz», sagt Susana Villarán.

Viele peruanische Linke wollten sich nicht zwischen den Fronten aufreiben lassen, sondern verbündeten sich mit einer Seite. Zum Beispiel der Sendero-Kenner Carlos Tapia, der in den sechziger Jahren selbst als Guerillero gekämpft hatte. Heute doziert er an der Militärakademie: «Wir hatten hier Krieg. Und Sendero wollte mich töten, nicht die Armee.» Dass seine neuen Verbündeten Blut an den Händen haben, daran stört sich Tapia nicht. Fünftausend Verschwundene gehen auf das Konto der Streitkräfte. Tapia: «Na, und? Das ist nicht mein Problem. Die Militärs taten das zur Verteidigung der Demokratie.»

Auch wenn heute die Guerilla militärisch bezwungen ist, sie ist nicht verschwunden. Präsident Fujimori habe bewusst einen politischen Spielraum belassen, in dem sich Sendero Luminoso entfalten könne, glaubt Tapia. «Die Senderisten sind wieder sehr aktiv, machen sich in den 'jungen Dörfern' für Licht und Wasser stark und organisieren Besetzungen. Sie sind die neuen Anführer der Armenviertel, und der Geheimdienst duldet sie, denn sie arbeiten Hand in Hand für den Friedensprozess und machen Wahlkampf für Fujimori.»

Auch in den Armenvierteln glaubt man, dass der Leuchtende Pfad ein Zweckbündnis mit seinen Verfolgern eingegangen ist. Draussen vor den Toren der Metropole, in den «jungen Dörfern», organisieren Frauen den Alltag. Mit viel Energie und Initiative haben sie Suppenküchen eingerichtet, denen es zu verdanken ist, dass trotz bitterster Armut niemand an Hunger stirbt. Das «junge Dorf» El Salvador, in dem 350 000 Menschen leben, liegt dreissig Autominuten vom Zentrum Limas entfernt. «Wir sind ein Versuchslabor zwischen zwei Feuern. Die beiden Seiten schiessen nicht mehr aufeinander, sondern in Eintracht auf uns», sagt Marta Moyano. Sie lebt im Haus ihrer Schwester, María Elena, die früher die Mutter Courage von El Salvador gewesen war. María Elena hatte als Antwort auf Inflation und Preiserhöhungen die ersten Volksküchen organisiert, später dann die Frauengruppe, die für Alphabetisierung, Polikliniken und ein Glas Milch für die Kinder kämpfte.

Die Gemeinde El Salvador war eine Hochburg der Linken. Niemand wunderte sich, als eines Tages auch die Maoisten auftauchten. Marta Moyano erinnert sich: «Sie protestierten wie wir alle gegen Preiserhöhungen, Lohnstopps und für mehr Schulen. Erst mit der Zeit sahen wir, dass sie nicht Suppenküchen, Selbstorganisation, Emanzipation und Milch für Schulkinder wollten, sondern den direkten Angriff auf den Staat.»

Guerillakampf gegen Volksküchen

Sendero verurteilte den Kampf für Schulmilch als «Assistenzialismus», der die SlumbewohnerInnen von der Revolution abhalten sollte. Seinen Worten folgten Taten: Er sprengte das Lebensmittel-



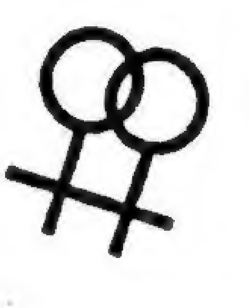
11. BERLINER LESBENWOCHE

1995 - Auch dieses Jahr wird es eine Lesbenwoche geben!

Entgegen diversen Gerüchten und Verlautbarungen gibt es eine Gruppe von Lesben, die die Lesbenwoche '95 vorbereitet. Der Termin wird in den Berliner Herbstferien sein, ist aber noch nicht auf den Tag genau festgelegt (zwischen Samstag, 30.9. und Sonntag, 8.10.).

Wir möchten das Forum Lesbenwoche als Möglichkeit zum Austausch untereinander erhalten, aber: wie immer seid IHR ALLE aufgefordert, es mit Inhalten zu füllen, aktiv an der Gestaltung mitzuwirken und nicht nur als Konsumentinnen nach Berlin bzw. zur Lesbenwoche zu kommen.

Wir wollen Räume schaffen, um uns u.a. zu den Schwerpunkten RASSISMUS und BEHINDERTENFEINDLICHKEIT auseinanderzusetzen. Nach den Erfahrungen der letzen Lesbenwochen erscheint das nicht nur uns nötig, sondern wurde vom letzten Abschlussplenum eingefordert. Darüberhinaus soll, je nachdem was von euch an Vorschlägen und konkreten Workshopangeboten eingebracht wird, ein breites Themenspektrum möglich sein.

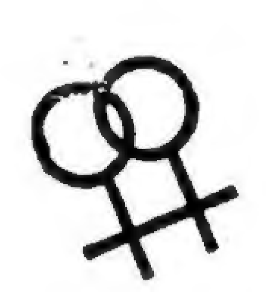


Wir wünschen uns perspektivisch, mit unseren Unterschieden konstruktiv umgehen zu lernen...

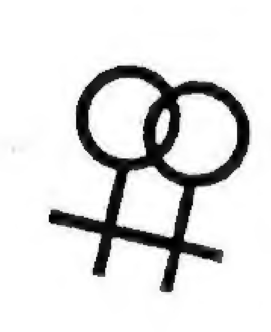
Bei unseren Treffen soll es nicht nur um Organisatorisches gehen, sondern auch Platz für eine inhaltliche Diskussion sein. Unsere Treffen sind öffentlich!

Bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung hätten wir gerne noch massenhaft Unterstützung von euch! ALLE Lesben, egal welcher Herkunft und Hautfarbe, "behindert" oder nicht, mit welchen Fähigkeiten auch immer, also wirklich ALLE, sind eingeladen mitzumachen.

Inhaltliches: Macht massenhaft Vorschläge für Workshops, Seminare, Vorträge, Diskussionsrunden usw. Alle Gruppen oder einzelne Frauen/Lesben, die Lust haben, Workshops usw. vorzubereiten und anzubieten, bitten wir, sich so bald wie möglich mit uns in Verbindung zu setzen, am besten mit einer kurzen Inhaltsangabe zu ihrem Workshop usw. sowie näheren Angaben bzw. Wünschen zu Zeit und Ort (Stundenzahl, Raumgrösse usw.)



Organisatorisches: Wir suchen z.B. noch Fetenveranstalterinnen, Schlafplatzvermittlerinnen, usw. Es gibt noch viele Teilbereiche, die zu organisieren sind, auch wenn es hier den Rahmen sprengt, sie alle aufzuzählen. Und es ist nicht auf Berlin beschränkt: Wie wäre es z.B. mit einer SOLI-PARTY bei euch?



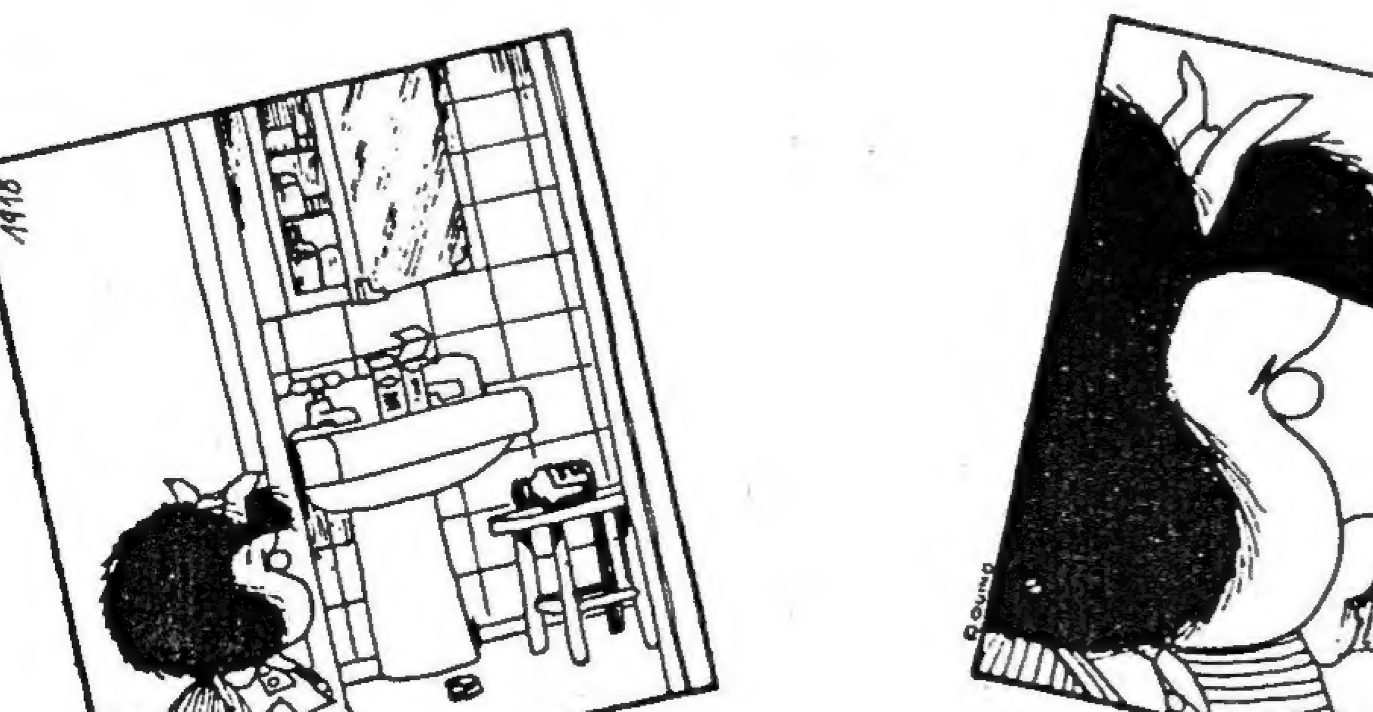
Ganz dringend brauchen wir noch Anregungen und Hilfe bei der Organisation der Fahrdienste, Unterkünfte usw. für die Krüppellesben. Euch selbst möchten wir besonders herzlich einladen, an dieser (und natürlich jeder anderen) Vorbereitung teilzunehmen. Wenn ihr dazu keine Lust, Zeit oder Möglichkeit habt, könnt ihr eure Wünsche bzw. Forderungen an uns, die neuen Orgalesben, richten.

Wir haben bis jetzt noch keine Veranstaltungsräume. Wir sind intensiv auf der Suche nach selbständig berollbaren Räumen.

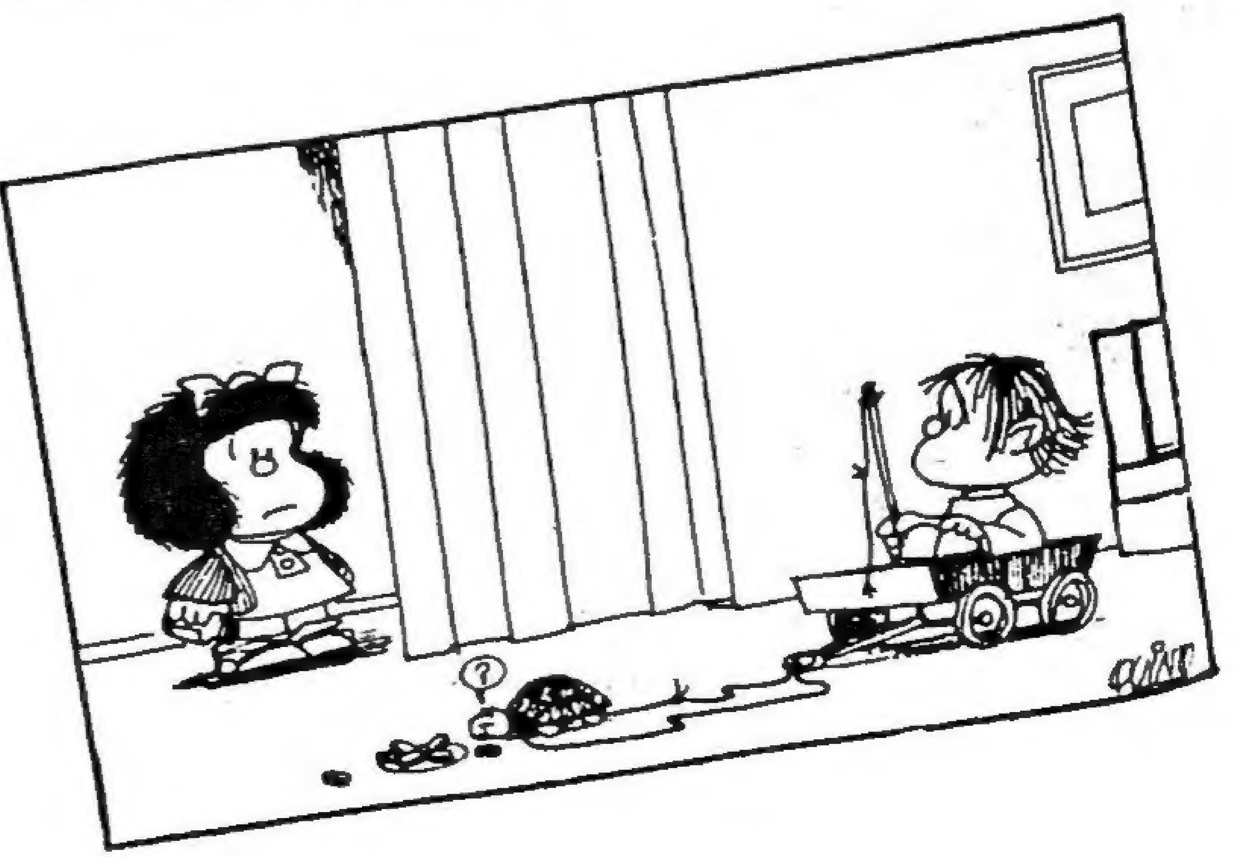
Wir haben ein Büro, auf der dortigen Anrufbeantworterin teilen wir euch aktuelle Informationen mit sowie den Termin des jeweils nächsten Vorbereitungstreffens. Die Adresse ist:
LESBENWOCHE e.V., c/o Literaturfrauen, Kurfürstenstr.21/22, 10785 Berlin, Tel. 030/262 00 87

Also: schickt eure Vorschläge usw. an uns oder kommt zu unseren Treffen! Und zuguterletzt wie immer: Die Lesbenwoche kostet viel viel Geld, Spenden sind herzlich willkommen!

Konto: Berliner Lesbenwoche e.V. Kto: 640023339 Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00





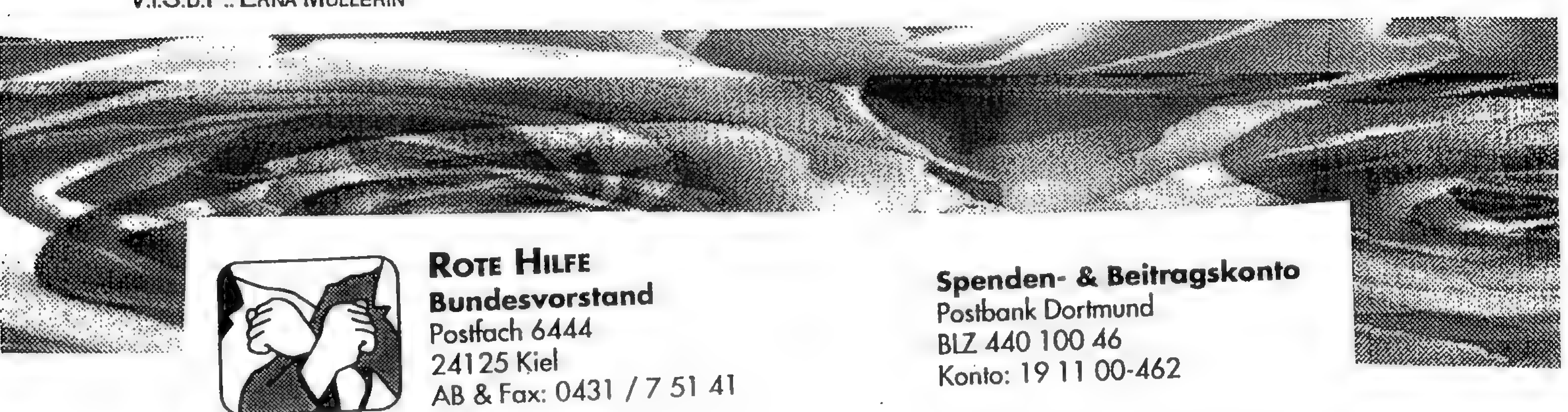


AMAZORA - eine ♀-⚢ - Zeitschrift, die es schon mal gab und die wieder zum Leben erweckt ist. Wir sind ein paar autonome ♀-⚢ aus dem gesamten Bundesgebiet und möchten mit dieser Zeitschrift mit Euch ♀-⚢ über alle möglichen Themen, die uns heute wichtig sind diskutieren. Wir setzen uns Schwerpunktthemen, die wir Euch vorher ankündigen, so daß Ihr uns Diskussionsbeiträge darüber schicken könnt. Wir haben noch ein paar Probleme mit unserem Konto und hoffen, daß sie bald gelöst sind. Ihr könnt uns bestellen über:

IMPRESSUM: "AMAZORA"
POST AN: PAPIERTIGERINNEN
(2.UMSCHLAG: "AMAZORA")
CUVRYSTR. 25
10997 BERLIN
V.I.S.D.P.: ERNA MÜLLERIN

DAS SCHWERPUNKTTHEMA DER ERSTEN AUSGABE (1/95): INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG 8.MÄRZ

NÄCHSTE AUSGABE (2/95): ANTISEMITISMUS



Folgendes Hilfe-Ersuchen wurde an uns zur dringenden Weiterverbreitung gerichtet:

"Diarbakir, kurz nach NEWROZ 1992. Im Krankenhaus werden durch die Schüsse der türkischen Staatskräfte Verletzte der Newroz-Demonstration in Cizre operiert.

Eine deutsche Frau und ein deutscher Mann werden Zeuge, wie ein Angehöriger der türkischen Spezialeinheiten, aufgebracht über das "Eindringen" der Deutschen, seine brennende Zigarette in die frische Operationswunde eines der Verletzten drückt. Es soll dabei zu einer Konfrontation der beiden deutschen ZeugInnen mit den türkischen Staatskräften gekommen sein.

Der kurdische Mann, an dem diese Tat vorgenommen wird (er war durch fünf Schüsse verletzt worden und hatte eine ca. dreißig Zentimeter lange Operationswunde), ist jetzt in Deutschland. Sein (auch noch durch spätere Ereignisse bedingtes) Asylbegehren ist **abgelehnt** (!) worden. Es wäre sehr hilfreich, wenn die beiden Deutschen, die damals im Krankenhaus in Diarbakir Zeugen des Vorfalls waren, für die Klage des kurdischen Freundes als ZeugInnen zur Verfügung stehen würden

Wer wieß etwas über das Ereignis ? Die Zeugen beschreibt der Mann wie folgt: Der deutsche Mann sei jung gewesen; schulterlange, gelockte Haare. Die Frau (mit kurzgeschnittenen, blonden Haaren) sei etwa dreißig bis fünfunddreißig Jahre alt gewesen.

Es soll auch 1992 eine Veröffentlichung in einer deutschen Zeitung (oder Zeitschrift) über dieses Ereignis gegeben haben."

Eventuelle Nachrichten bitte an:

Heike Hildebrand,
Christph-Schmitt-Str. 1
77933 Lahr / Tel.+Fax: 07821-24317
oder an die Ortsgruppe München der Roten Hilfe, Schwanthalerstr. 139, 80339 München.

PÄDERASTIE

Hey Teddy Berlin, 11.06.95

ich will dir, obwohl ich nicht zur "Fraktion gegen Nebenwidersprüche" gehöre, auf deinen Artikel in der Interim vom 08.06.95 antworten.

Dein Artikel hat mich zuerst ziemlich wütend gemacht, vor allem im ersten Teil habe ich mich angegriffen gefühlt. Erst beim zweiten Lesen habe ich gemerkt, daß die Wut weniger aus dem rührt, was du real geschrieben hast, sondern vielmehr aus meiner eigenen Geschichte. Ich bin als Junge von meinem Vater sexuell mißbraucht worden. Ich habe zwanzig Jahre lang, mich an die konkreten Ereignisse erinnert. Ich habe sie aber abgetan mit Sprüchen wie "Das hat mir doch nichts ausgemacht". Erst vor drei Jahren habe ich mich der Tatsache, sexuell mißbraucht worden zu sein gestellt. Ich habe begonnen, die Verletzungen zu registrieren und die ganze Sache aufzuarbeiten. Und da, wo es für mich total wichtig war und ist, Mißbrauch auch so zu benennen, wo mir immer wieder die Zweifel hochkommen, wo ich immer wieder alles verdrängen und nicht mehr wahrhaben will - genau da habe ich mich von dir angegriffen gefühlt. Beim nochmaligen Lesen ist mir klar geworden, daß es dir nicht um einen Angriff ging, sondern darum, dich gegen eine Bevormundung zu verteidigen. Es ist in der Tat einzig und allein deine Sache, zu sagen, was du wie empfunden hast und keiner hat das Recht irgend jemand anderem vorzuschreiben, was er zu fühlen hat - weder dir noch mir. Es ist auch bitter notwendig unsere Wut, wie überhaupt unsere Gefühle zuzulassen, und ihnen den nötigen Raum zu geben. Ich finde es aber ebenso notwendig, zu unterscheiden, wo meine Gefühle aus meiner Geschichte herrühren, und was mir real gesagt oder geschrieben wird. Ich habe den Eindruck gehabt, das der Angriff gegen dich genausowenig im Text der "Fraktion gegen Nebenwidersprüche" beabsichtigt war, wie der Angriff gegen mich in deinem Text. Soviel vorweg - ich will dir, wie gesagt, nicht vorschreiben, was du wie einzuschätzen und zu empfinden hast. Ich will aber begründen, warum ich im Bezug auf die Beziehungen von XY von sexuellem Mißbrauch rede und ich weiß dabei, daß die Auswirkungen und Folgen von sexuellem Mißbrauch total unterschiedlich und verschieden sein können.

XY ist bekennender Päderast. Er hat seit mindestens 10 Jahren (diesen Zeitraum kann ich selber überblicken) sexuelle Beziehungen zu Kindern und/oder Jugendlichen. Dies bestreitet er mit keinem Wort und dies steht auch nicht zur Diskussion. Er ist der Ansicht, daß diese Beziehungen druckfrei und gleichberechtigt sind. Und das ist der Punkt, wo ich ihm nicht glaube. Es kann aufgrund des Alters- und Erfahrungsunterschied keine Gleichberechtigung geben. Zwischen 32 und 12 liegen 20 Jahre! Teddy, wer hat wen gefragt, ob er mit ihm schlafen will, du bzw. ihr XY oder umgekehrt? Was ist mit dem Jungen, der gerne nicht mehr mit XY in einem Zimmer leben wollte, aber Angst hatte, XY wäre dann sauer auf ihn? Ich weiß von mindestens einer Situation, wo XY wie selbstverständlich bei einem Jungen die Grenzen überschritten hat. Und XY weiß das auch, denn der Junge hat den Mut gehabt, sich dagegen zu wehren. In den Arm nehmen, knuddeln, Küßchen hier und Küßchen da, das waren und sind selbstverständliche Verhaltensweisen von XY gegenüber Jungs und wann hat jemals ein Junge damit angefangen? Sexueller Mißbrauch fängt nicht erst bei der analen Vergewaltigung an! Es gibt sowas wie eine Struktur in den Beziehungen von Päderasten. Sie ist geprägt vom Altersunterschied und dem Erfahrungsvorsprung. Sie ist hierarchisch. Und diese Beziehungen nutzten Päderasten zur Befriedigung ihrer sexuellen Lust. Es soll mir niemand erzählen, Päderasten würde nur auf Drängen und Druck eines Jungen und mit Widerwillen und Ekel mit ihm schlafen. Sie sind es, die aktiv sind (auch wenn das manchmal verschleiert ist) und sie sind es die ihre sexuelle Lust ausleben. Auch wenn im konkreten einzelnen Fall, der betroffene Jugendliche, selber nicht von sexuellem Mißbrauch spricht, die Struktur läßt nichts anderes zu, als zu sagen: Päderastie ist sexueller Mißbrauch.

Ich will XY nicht die Anwendung körperlicher Gewalt unterstellen. Die kommt bei Päderasten wohl eher selten zum Zug. Für mich ist gut vorstellbar, daß XY beim Gedanken an eine Vergewaltigung unter körperlichem Zwang schaudern würde, ich weiß es nicht. Ich weiß auch nicht, ob er nur andere oder auch sich selber betrügt, mit seinem Gefasel von Liebe und Zuneigung. Päderasten bauen Beziehungen auf, in denen sie versuchen, zur Hauptbezugsperson für den betreffenden Jugendlichen zu werden, so daß dieser gar nicht auf den Gedanken kommt, denjenigen, der ihn endlich für voll nimmt, den geliebten großen Freund/Vaterersatz /o.ä. zurückzuweisen.

XY ist mehrfach für sein Verhalten kritisiert worden. Er hat immer wieder versprochen dies oder das zu ändern. Manches hat er wirklich verändert, anderes nicht. An der Tatsache, daß er Päderast ist, hat sich nichts geändert. Wenn er heute "vorsichtiger" ist, so kann ich nicht beurteilen, ob er es "ehrlich meint" oder taktischer vorgeht, um Ärger zu vermeiden. Das weiß er nur selber. Er ist aber verantwortlich für sein Handeln. Er ist nicht Opfer seiner Sozialisation, seiner Geschichte oder irgendwelcher Triebe. Er ist in der Lage über sich selbst zu entscheiden, sein Verhalten zu ändern, seine eigene Geschichte aufzuarbeiten und endlich für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Ich fordere von ihm, daß er endlich sexuelle Beziehungen mit Jugendlichen und Kindern unterläßt. Ich wünsche mir, daß er selber zu der Entscheidung kommt, aus der Jugendgruppe und der Jugendwg rauszugehen und seine Geschichte aufzuarbeiten. Sexualität ist nichts statisches und unveränderbares.

Jonny

"Pädos" haben in der Szene nichts verloren

In der letzten Interim wird die "Debatte zu einem Päderasten in der Szene" endlich wieder aufgegriffen. Es ist schon auffällig wie lange sich die Szene um eine Diskussion bzw. Stellungnahme gedrückt hat. Die Diskussion vor 1 1/2 Jahren ist einfach im Sand verlaufen, nachdem einige Jugendliche Briefe an die Interim geschickt hatten, in denen sie erzählten, daß der Mann, um den es hier geht, doch ganz o.k. ist. Also brauch sich mensch ja nicht weiter damit beschäftigen, oder?
Ich habe so den Eindruck, alle geiern regelrecht darauf, daß ein Jugendlicher erzählt, daß ihm das ganze überhaupt nicht gefallen hat. Dabei fängt die Diskussion doch viel früher an : "Pädos/Päderasten" gehen bewußt hierachisch sexuelle Ausbeutungsverältnisse ein (s. Interim 262 263 266 331 334). Es kann nicht darum gehen, **wieviele** das o.k. fanden und **wieviele** nicht. Mal ganz abgesehen davon werden sich Jugendliche hüten , negative Beispiele preiszugeben, solange der Mann weiterhin von der Szene getragen wird und diese Struktur unhinterfragt bleibt.
"Aber ach er ist ja so nett"- zieht einfach nicht mehr. Dieser mann nennt sich "pädophil", das heißt er vertuscht ganz klar seine sexuelle Ausbeutung von Kindern/Jugendlichen. Wer davon weiß und seinen Mund nicht aufkiegt, betreibt aktiven Täterschutz!

Die Fraktion gegen Nebenwiedersprüche in der letzten Interim fordert den "Päderasten" auf, sich zu ihrem Text zu verhalten. Aber all die, die ihn kennen, die ihm die Möglichkeit zu wohnen, zu arbeiten bzw. politisch aktiv zuwerden geben, sollten sich auch nicht weiter davor drücken, ihre Meinung kund zu tun. Und ihn am besten gleich aus der Szene werfen!
uli

Zur Veranstaltungsreihe "Juden und Jüdinnen im Widerstand" in der Humboldt-Uni

Im gesellschaftlichen "mainstream" deutscher "Vergangenheitsbewältigung" wird die Existenz jüdischen Widerstandes im nationalsozialistischen Deutschland und in den deutschbesetzten Teilen Europas bis heute größtenteils ignoriert. Ausschlaggebend dafür scheint zu sein, daß sich der Mythos der Juden und Jüdinnen, die sich wie "Lämmer zur Schlachtbank" führen ließen, bequemer in das deutsche Geschichtsbewußtsein integrieren läßt: Schwingt doch immer auch implizit der Vorwurf mit, die jüdische Bevölkerung habe durch fehlenden Widerstand quasi ihr stillschweigendes Einverständnis signalisiert, ja trage deshalb gar eine Mitverantwortung an ihrer eigenen Ermordung und bewirkt so eine TäterInnenentlastung.
Das in den historischen Quellen und Berichten Überlebender dokumentierte Ausmaß jüdischen Widerstands im europäischen Rahmen führt diese These ad absurdum. Allerdings darf die Darstellung des Widerstandes einiger auf keinen Fall zur Anklage des Teils der jüdischen Bevölkerung geraten, der dazu nicht willens oder in der Lage war. In der Diskussion mit Menschen von überwiegend nichtjüdischer Herkunft müssen an dieser Stelle eher die Gleichgültigkeit und fehlende Hilfe bzw. (Mit-)TäterInnenschaft der Mehrheit der nichtjüdischen Bevölkerung Thema sein, die die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten jüdischen Widerstandes von vorneherein begrenzt haben.

Besondere Bedeutung erhält das Thema auch durch aktuelle politische Entwicklungen: Neben dem vielfach festgestellten Anwachsen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in der Gesellschaft fällt ein Umgang mit der Nazi-Vergangenheit ins Auge, dem wir entgegentreten wollen.
Neben dem offenen Revisionismus der neuen und alten Rechten wird von staatlicher Seite das Gedenken an den NS zunehmend als Mittel nationaler Sinnstiftung mißbraucht. In der Umwidmung der "Neuen Wache" wurde die Rehabilitierung der Deutschen als "Opfergemeinschaft" betrieben, im Gedenken an den "Deutschen Widerstand" vom 20. Juli 1944 wurde der nationale Gründungsmythos eines "besseren Deutschlands" konstruiert. Der reaktionäre und antisemitische Hintergrund der Attentäter wurde dabei dezent ausgeblendet. So waren sich die Verschwörer weitgehend einig über die Existenz einer "Judenfrage", die es - mit etwas moderateren Mitteln - zu "lösen" gälte, z.B. durch Deportationen in einen zu schaffenden "Judenstaat" in Kanada oder Südamerika.
In den offiziellen Feiern zum 8. Mai drückte sich der Versuch aus, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, Deutschland als endgültig geläutert und bereit für neue "internationale Aufgaben" darzustellen. Die Stimmen, die den 8. Mai nach wie vor als "Zusammenbruch", als "Ablösung einer Diktatur durch eine andere" begreifen, verschaffen sich aus dem Regierungslager immer wieder Gehör. Auch im Alltagsbewußtsein großer Teile der Bevölkerung ist der Wunsch nach einem "Schlußstrich" und der Relativierung der NS-Verbrechen verbreitet. Der Widerstand der aus der "Volksgemeinschaft" ausgegrenzten jüdischen Menschen läßt sich nicht für Zwecke nationaler Sinnstiftung mißbrauchen, da sich immer auch die Frage nach dem Verhalten der nichtjüdischen Deutschen - auch aus dem Widerstand - zur Ausgrenzung, Diskriminierung und Ermordung der Juden und Jüdinnen stellt.

Für uns als Nachkommen der TäterInnengeneration ist schließlich die Frage nach der eigenen Rolle in der Auseinandersetzung mit dem jüdischen Widerstand zu diskutieren. Zwar ist es unzweifelhaft erforderlich, seine Existenz und Bedeutung im gesellschaftlichen Bewußtsein zur Geltung zu bringen und damit ein Anliegen der ProtagonistInnen nachträglich zu befördern. Diskussionen über Fragen, Strategien und Notwendigkeiten eines aktuellen Antifaschismus finden wir gut und sinnvoll, jedoch halten wir eine geradlinige Fortschreibung und direkte Bezugnahme für problematisch, da die Situation heutiger Antifas mit der jüdischer WiderstandskämpferInnen im NS nicht zu vergleichen ist. Es würde eine völlig unangemessene

Vereinnahmung der Opfer darstellen, würden wir ihren Kampf unhinterfragt für unsere Geschichtskonstruktionen oder gar Widerstandskonzepte mißbrauchen.

Die konkrete Widerstandspraxis der Gruppen in Berlin ist vor dem Hintergrund der besonderen Situation in Deutschland und der "Reichshauptstadt" zu sehen. Die Intensität der Überwachung und Repression und vor allem das Fehlen einer breiten, bewaffneten Widerstandsbewegung ließ militantere Kampfformen, wie sie von Juden und Jüdinnen z.B. in PartisanInnen-verbänden in den besetzten Teilen der Sowjetunion, in der französischen Resistance oder den Ghettos in Warschau, Wilna, Bialystok, Minsk oder Krakau praktiziert wurden, nicht zu. Außerdem war die jüdische Bevölkerung sozial, politisch und selbst religiös keine homogene Gruppe, sondern repräsentierte in etwa die Struktur der nichtjüdischen Bevölkerung. So leisteten sie auch zunächst genausoviel bzw. genausowenig und - mit Ausnahme der zionistischen und religiösen Gruppen wie dem Chug Chaluzi - in denselben Formen Widerstand wie die nichtjüdische Bevölkerung. Diese Tatsache macht auch den Begriff "Jüdischer Widerstand" etwas schwierig, da sich viele jüdische WiderstandskämpferInnen eher als KommunistInnen, SozialdemokratInnenen, AntifaschistInnnen o.ä. denn als Juden oder JüdInnen gefühlt haben.

Mit der verstärkten Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung wurden jüdische Menschen, die Widerstand leisten wollten, jedoch zunehmend in eine Situation gebracht, die spezfische Aktionsformen notwendig machte. Während es in Folge der sich verschärfende gesellschaftlichen Isolation, die durch Akzeptanz und aktive Unterstützung der antisemitischen Politik durch große Teile der Bevölkerung verstärkt wurde, immer weniger Möglichkeiten gab, sich mit nichtjüdischen Menschen gemeinsam zu organisieren, stand spätestens mit Beginn der Deportationen die Organisation der Illegalität notwendigerweise im Mittelpunkt der Aktivitäten. So auch in der Gemeinschaft für Frieden und Aufbau und im Chug Chaluzi. Die erfahrenen Demütigungen und die schikanösen Beschränkungen des sozialen und kulturellen Lebens machten es notwendig, eigene Strukturen aufzubauen, in denen diskutiert, gefeiert, gelernt, gelehrt und gesungen wurde. Vor allem in den aus der Jugendbewegung kommenden Gruppen um Herbert Baum und dem Chug Chaluzi waren die Aufrechterhaltung sozialer und politischer Strukturen und die kulturelle Selbstbehauptung ein wichtiger Aspekt der Widerstandstätigkeit. So besannen sich viele Mitglieder dieser Gruppen, die aus "assimilierten" Familien stammten, erst nach Diskriminierungserfahrungen auf eine jüdische Identität und Kultur und pflegten diese aus Protest.
Während sich der Chug Chaluzi darauf konzentrierte, das Überleben im Untergrund zu sichern, versuchten die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau und die Gruppen um Herbert Baum, mit Flugblättern, Malaktionen und einem Brandanschlag auf eine Nazi-Propagandaausstellung, die nichtjüdische Bevölkerung zum Kampf gegen das Regime zu bewegen. Themen in den Flugblättern waren allgemeine Mißstände, der Krieg, die Versorgungssituation, nicht hingegen die eigene Verfolgungssituation als Juden und Jüdinnen. Damit die nichtjüdische deutsche Bevölkerung mobilisieren zu können, erschien so abwegig, daß der Versuch nicht gemacht wurde.

Projekttutorium "Jüdischer Widerstand"

Veranstaltungsreihe in der Humboldt-Uni:

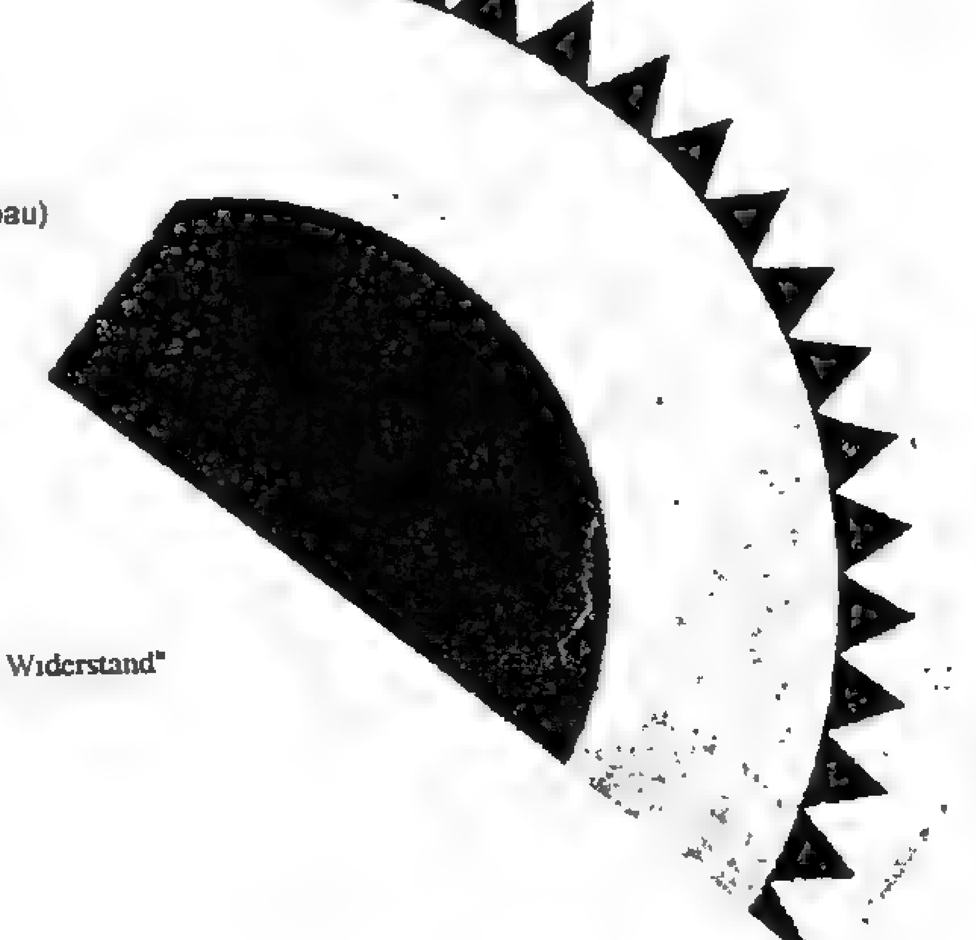
JUDEN UND JÜDINNEN IM WIDERSTAND

BERLIN 1933-45

Zwischen Überlebenskampf und antifaschistischer Aktion

ZeitzeugInnen berichten:

Mittwoch, 21.6.	Alice und Gerhard Zadek (Überlebende einer der Gruppen um Herbert Baum)
Donnerstag, 29.6.	Eugen Herman-Friede (Überlebender der Gemeinschaft für Frieden und Aufbau)
Dienstag, 11.7.	Gad Beck (Überlebender des Chug Chaluzi)



BEGINN: 19.00 UHR
ORT: "REUTERSAAL" im SEMINARGEBÄUDE AM HEGELPLATZ
(Clara-Zetkin-Str./ Quergebäude, 3.OG)

Veranstalterin: Projekttutorium "Jüdischer Widerstand"

Mehr über die Gruppen und Personen steht in der Broschüre. die kostenlos in Buch- und Infoladen ausliegt

Die Gruppen um Herbert Baum

Herbert und Marianne Baum sowie Martin und Sala Kochmann waren zentrale Personen in einem Zusammenhang mehrer Gruppen mit jüdischen und nichtjüdischen Menschen in Berlin. Sie kannten sich seit der Schulzeit und hatten im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) gearbeitet, bis dieser 1933 zerschlagen wurde. Die illegale Fortsetzung ihrer Aktivitäten verknüpften sie mit der Anwerbung weiterer Mitglieder aus der jüdischen Jugendbewegung. So entstand ein "Gruppennetz" von etwa 60 Jugendlichen - etwa zur Hälfte Frauen - überwiegend jüdischer Herkunft, dem trotz primär kommunistischer Orientierung auch Mitglieder linkszionistischer Organisationen angehörten. Nach außen betätigten sich die Gruppen durch das Herstellen und Verteilen von Flugblättern sowie das Malen antifaschistischer Parolen, während für den inneren Zusammenhalt kulturelle Aktivitäten und politische Diskussionen bedeutsam waren. Der durch ein vielschichtiges Geflecht von politischen, freundschaftlichen und Liebesbeziehungen gekennzeichnete Widerstandskreis suchte auch Kontakt zu anderen oppositionellen Gruppen, blieb jedoch schon durch die jüdische Herkunft der meisten Mitglieder weitgehend isoliert.
Mit der Einführung des Judensterns im September 1941 zur öffentlichen Kennzeichnung veränderte sich für die Gruppen um Herbert Baum die Situation einschneidend. Zum politischen Kampf gegen das NS-Regime kam die Notwendigkeit, sich auf ein Leben in der Illegalität vorzubereiten, um den Deportationen in die Vernichtungslager zu entgehen.

Höhepunkt und Ende ihres Widerstands stellte der Brandanschlag auf die von den Nazis inszenierte antikommunistische Propagandaausstellung "Das Sowjetparadies" im Mai 1942 dar. Der Anschlag, der, von einem Antikriegs-Flugblatt begleitet, die Öffentlichkeit wachrütteln sollte, richtete nur geringen Schaden an und führte in den folgenden Tagen zur Zerschlagung der Gruppen. In mehreren Prozessen wurden über 20 ihrer Mitglieder zum Tode verurteilt und hingerichtet, Herbert Baum kam nach schweren Folterungen in der Haft ums Leben, wahrscheinlich durch Selbstmord. Zur Vergeltung des Anschlages wurden von der Gestapo außerdem insgesamt 500 willkürlich ausgewählte jüdische Menschen umgebracht. Diese auch im Ausland verbreitete Nachricht erzielte - wenngleich zu einem unglaublich hohen Preis - letztlich die von den AktivistInnen erhoffte Wirkung: zu demonstrieren, daß es in Deutschland Widerstand gab.
Nach 1945 fand die "Herbert-Baum-Gruppe" - als die sie in den Ermittlungsakten der Gestapo auftauchte - in der BRD lange Zeit keine öffentliche Beachtung, was vor allem ihrer vornehmlich kommunistischen Ausrichtung geschuldet war. In der DDR hingegen wurde sie als vorbildliche Widerstandsgruppe nach kommunistischer Parteilinie dargestellt und mystifiziert, die jüdische Herkunft der Beteiligten und deren Folgen für Motive und Rahmenbedingungen der Widerstandstätigkeit wurden verschwiegen.

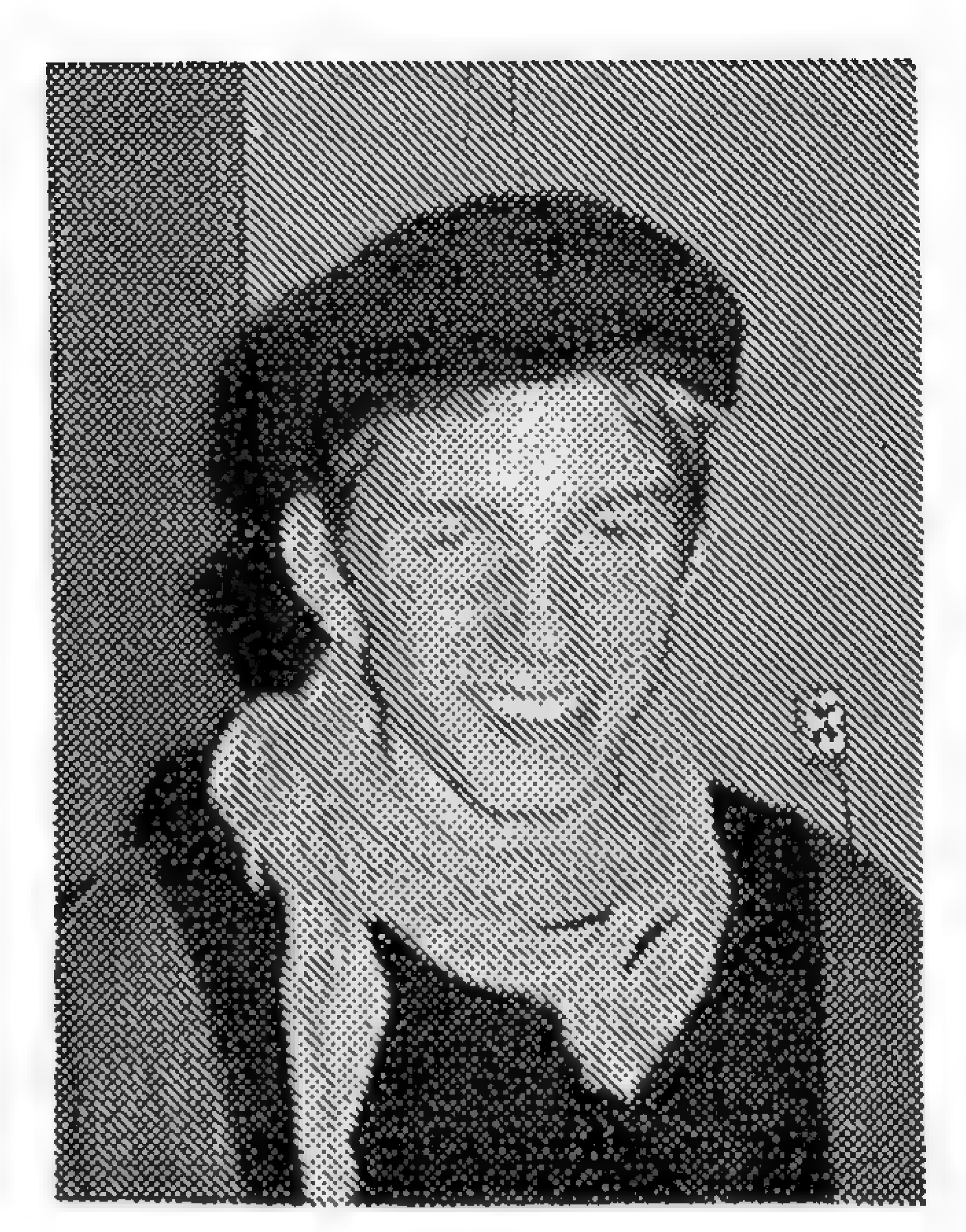
Walter Sack

1915 geboren, wuchs in Berlin Kreuzberg auf, wo sein Vater eine Schlosserwerkstatt betrieb. Am Leibnitzgymnasium am Mariannenplatz, das er besuchte, machte er schon früh Erfahrungen mit antisemitischer Diskriminierung und Ausgrenzung . 1931 verließ er die Schule und begann eine Schlosserlehre.
Durch seinen Vetter kam Walter Sack zur deutsch jüdischen Jugendgemeinschaft und traf dort Herbert und Marianne Baum sowie Martin Kochmann. Walter Sack blieb bis zur Spaltung der DJJG und der Auflösung der Gruppe 1931 in der DJJG. Die Leute um Herbert Baum hatten diese schon vorher verlassen.
1932 ging Walter Sack zur Sozialistischen Arbeiterjugend und wurde schon bald Bildungsobmann. Aus Enttäuschung über die Haltung der SPD gegenüber den Nationalsozialisten und durch den Kontakt zu Herbert Baum, kam er 1933 in Kontakt zu den illegalen Gruppen des Kommunistischen Jugendverbandes und gehörte 1934/35 einer Fünfer-Gruppe an.
Um sich eine legale Basis zu verschaffen und so die politische Arbeit weiterführen zu können, ging er auf Anraten Herbert Baums in den Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ) und führte hier den 3. Zug, der in diesem bürgerlichen Jugendverband das proletarische Element vertrat. Der BDJJ war ein Zusammenschluß nicht zionistischer jüdischer Jugendgruppen. 1936 mußte er sich in Ring - Bund jüdischer Jugend umbenennen, da es das Wort

"deutsch" nicht mehr im Namen führen durfte und wurde schließlich im Januar 1937 verboten.
Der von Walter Sack geleitete 3. Zug genoß als proletarisches Vorzeigestück gewisse Freiheiten, so wurden z.B. Themen diskutiert und Literatur gelesen, die dem eigentlich unpolitischen Charakter des Bundes nicht ganz entsprachen. Auf diese Weise wurde es möglich, daß die Kommunisten im Ring dort organisierte Jugendliche schrittweise mit ihren Vorstellungen vertraut machten. Der Spielraum politischer Agitation, den der 3. Zug genossen hatte, war jedoch schon bald überschritten und Walter Sack wurde aus dem Ring ausgeschlossen.
Im Folgenden beschränkte er sich auf Treffen mit dem engeren Kreis um Herbert Baum. Aufgrund der Zuspitzung der politischen Situation und der Zunahme der antisemitischen Maßnahmen beschloß er 1938 nach Schweden auszuwandern, wohin er dann auch im Oktober 1938 emigrierte. Während der Jahre in Schweden war er aktiv in der Kommunistischen Partei.
1946 ging Walter Sack in die SBZ und arbeitete hier und in der DDR in verschiedenen politischen Leitungsfunktionen.

VOM STAAT IN DEN TOD GETRIEBEN


Daniel H. (15) +28.4.95


Matthias H. (16) +28.5.95

**"es gibt viele arten zu töten.
man kann einem ein messer in den bauch stechen,
einem das brot entziehen,
einen von einer krankheit nicht heilen,
einen in eine schlechte wohnung stecken,
einen zum selbstmord treiben,
durch arbeit zu tode schinden,
einen in den krieg führen usw.
nur weniges davon ist in diesem staat verboten"**

Ulrike Meinhof
(ermordet nach 4 Jahren Isolationshaft)

Der Staatsschutz kann 2 Ermittlungsakten schließen: Am 28. April sprang Daniel vom Dach eines Parkhauses in den Tod. Vier Wochen später, vor wenigen Tagen, erschoß sich Mathias. Vorangegangen war eine beispiellose Hetze und Kriminalisierungskampagne der Passauer Polizei und des bayerischen Landeskriminalamtes gegen aktive AntifaschistInnen und ihr Umfeld. Nach den militanten Aktionen zum Jahreswechsel in Passau ("Silvesterkrawalle") hatte die Passauer Polizei unter Erfolgsdruck völlig willkürlich mehrere Jugendliche ins Visier genommen. Zwei von ihnen waren Daniel und Matthias.
Daniels elterliche Wohnung wurde durchsucht, er selber stundenlangen Verhören unterworfen. Einziger Verdachtsmoment: ein anonymer Anruf. Nach einem Zerwürfnis mit seiner Mutter lebte er die letzten Tage seines Lebens auf der Straße.
Matthias verlor seine Wohnung als Reaktion auf eine Hausdurchsuchung des LKA. Anlaß für die Hausdurchsuchung waren Graffities in der Nachbarschaft, sowie ein Zeugenaussage, daß bei ihm "Schwarzgekleidete" ein- und ausgehen würden. Weil er sich in seiner Küche (!) ein Tranparent aufgehängt hatte, auf dem u.a. der Schriftzug "RAF" abgebildet war, ermittelte das bayerische LKA gegen den 16-jährigen nun wegen §129a (Werbung für eine terroristische Vereinigung). Er mußte daraufhin zurückziehen ins Elternhaus, mit dem er sich wegen seines politischen Engagements überworfen hatte. Sein gesamter Freundeskreis wurde in Folge der Hausdurchsuchung mitsamt den Eltern zur Polizei vorgeladen. Vorwand für diese Einschüchterungsmaßnahmen: Ein paar Gramm Hasch in der Wohnung, sowie das §129a-Verfahren. Kurz vor seinem Tod erklärte er, vom Staat "fertig gemacht zu werden".
Die beiden haben dem Repressionsdruck nicht standgehalten, dem die gesamte Antifa in Passau ausgesetzt ist: Ständige Personenkontrollen, Durchsuchungen, Dauerobservationen, Polizeibesuche in der Schule und am Arbeitsplatz usw.
Daniel und Matthias wählten den Tod in einem Leben, in dem ihnen vom Staat jede Perspektive genommen war! Als Arbeiterjugendliche bestenfalls mit der Aussicht auf die idiotische Monotonie irgendeiner Scheiß-Lehre, als Antifaschisten von der Polizei bekämpft und kriminalisiert. Dem herrschenden Wahnsinn, dem Alltag der Wolfsgesellschaft, wollten sie sich trotz der alltäglichen Repression nicht unterwerfen und auch nicht anpassen. Sie haben es bis zuletzt nicht getan.

Unsere Trauer und Wut sind grenzenlos

Kein Vergeben, kein Vergessen!



Einige GenossInnen und FreundInnen

Erneuter Mordversuch an Antifa!

Wieder faschistischer Überfall auf Olaf

Am 30. Mai 95 wurde unser Genosse und Freund Olaf von vier Nazis überfallen. Dieser Überfall ist ein erneuter Mordversuch in einer Reihe von Überfällen auf ihn - seit 1989 (!). Erst am 19.4.1995 versuchten zwei rechtsorientierte Jugendliche ihn zu erstechen.

Am 30.5. wurde Olaf in der Uelzener Innenstadt von vier Nazis überfallen. Von hinten stürzten sie auf ihn, versuchten ihn festzuhalten, besprühten ihn mit CS-Reizgas und stachen mehrmals auf ihn ein. Bei dieser Auseinandersetzung wurde er an der Brust und am Arm verletzt. Den vier Nazis gelang es nicht, ihn festzuhalten und zu Boden zu werfen. Olaf konnte sich noch mit einer Gaspistole verteidigen und konnte verletzt fliehen. Er mußte dann im Krankenhaus behandelt werden.

In der Nähe des Tatortes hielten sich noch ca. 15 weitere Nazis auf, die wahrscheinlich aus dem Nachbarlandkreis Lüchow-Dannenberg kamen. Autos mit Kennzeichen von dort wurden gesehen.

Erst die Nazis - dann die Bullen.

Im Krankenhaus kam es dann zu einer heftigen verbalen Auseinandersetzung zwischen Olaf und zwei Polizisten. Diese beiden Polizisten zeigten deutlich ihr Desinteresse an dem Überfall und ihre Abneigung gegenüber Olaf, der ihnen als Antifaschist bekannt ist. Kurz konnte Olaf den Tatablauf schildern. Danach zeigten die Polizisten mehr Interesse an der Gaspistole von Olaf, die er zum Schutz bei sich trug. Auch war es ihnen wichtiger, was er an Kleidungsstücken trug. Sie schrieben dies alles sehr genau auf, anstatt zu fragen was die Nazis vielleicht trugen. Keine einzige Frage nach den Tätern! Keine einzige Frage nach dem Tatablauf! Olaf wurde behandelt als ob er einer der Täter wäre. Gegen diese unmenschliche Behandlung protestierte er dann sehr lautstark. Nach einer kurzen aber sehr heftigen verbalen Auseinandersetzung, verließen die Polizeibeamten das Krankenhaus ohne sich noch weiter um den Überfall zu kümmern. Später kontrollierten sie noch sechs linksorientierte Jugendliche, die sich in der Nähe des Tatorts aufhielten. Auch sie wurden behandelt als ob sie Täter wären. Anstatt sich die Mühe zu machen, die Nazis zu suchen, kontrollierten sie lieber linke Jugendliche.

Für die Polizei steht der Feind links. Deutlich zeigte die Polizei ihre Nähe zu den faschistischen Mörderbanden.

Olaf - seit Jahren Opfer faschistischer Überfälle

Der Mordversuch am 30. Mai an Olaf war nicht der erste Überfall auf ihn. Seit 1989 wurde er immer wieder angegriffen. Diese Angriffe lassen sich bald nicht mehr zählen! Schon im August 1993, März 1994 und April 1995 versuchten Nazis ihn zu erstechen. Daneben gab es immer Angriffe auf ihn, die ebenfalls als Mordversuch zu werten sind, wie z.B. das Lösen der Radmuttern an seinem Auto oder die mehrmaligen gutgeplanten Überfälle vor seiner Haustür. Nur durch sehr viel Glück ist ihm bis heute noch nichts Schlimmeres passiert. Daß ihm aber etwas Schlimmeres passiert, ist das Ziel der Nazis. Dies zeigten die massiven und brutalen Überfälle, mehrere konkrete Morddrohungen und vor allem die Kontinuität der Überfälle. Einige der Überfälle müssen langfristig und gut vorbereitet gewesen sein. Einige Male waren die Nazis mit Funkgeräten und Videokameras ausgerüstet.

Seit 1989 (!) ist Olaf nun Ziel faschistischer Angriffe. Mehrmals wurde er überfallen. Das Haus seiner Eltern wurde mehrmals mit faschistischen Parolen und Zeichen beschmiert oder Fenster eingeworfen. Regelmäßig klebten Aufkleber div. faschistischer Organisationen am Haus und am Telefon wurden er und seine Eltern beleidigt und bedroht. Daneben wurde auch des öfteren das Auto beschädigt und aufgebrochen. 1993 setzte eine Welle von Übergriffen ein. Immer wieder erschienen auswärtige Nazis in Uelzen. Sie verfolgten und beobachteten ihn und es kam vermehrt zu Angriffen. Nazis aus Uelzen veranstalteten regelmäßig "Straßenführungen" für auswärtige Nazis in der Straße von Olafs Elternhauses. Aufgrund des faschistischen Terrors wechselt Olaf immer wieder die Wohnungen. Aber sobald den Nazis die neuen Adressen bekannt werden, beginnt dort der Terror. Wie im Sommer 1994, als Olaf erst einen Drohbrief von Nazis erhielt und einige Tage später Nazis aus Hannover die Umgebung seiner damaligen Wohnung filmten. Dies taten sie auch schon 1992 und 1993 beim Elternhaus von ihm und bei zwei anderen vermeintlichen Wohnungen.

Anti-Antifa - Nazis und Bullen Hand in Hand

Dieser ganze gezielte Terror hat den Zweck, politische Gegner auszuschalten. Die sog. Anti--Antifa Kampagne der Nazis hat nicht nur das Ziel politische Gegner einzuschüchtern, sondern gezielte Angriffe durchzuführen!

Unterstützung finden die Nazis bei ihren Anti-Antifa Aktivitäten bei der Polizei und der Justiz. Auch sie versuchen den Antifaschistischen Widerstand anzugreifen. Immer wieder kommt es zu Bespitzelungen, Vorladungen und Ermittlungen gegen AntifaschistInnen. Auch Olaf hat den staatlichen Anti-Antifaschismus immer wieder zu spüren bekommen, neben diversen Ermittlungsverfahren und der skandalösen Behandlung am 30.5. im Krankenhaus, wird er immer wieder von Polizisten angepöbelt und bedroht. Im Herbst 1994 wurde aus einem Polizeiwagen mit einer Pistole auf ihn gezielt.

Grund für den Terror der Nazis, aber auch der Polizei, ist es, antifaschistischen Widerstand im Keim zu ersticken. Olaf ist seit mehreren Jahren in antifaschistischen Zusammenhängen in Uelzen politisch aktiv und dafür auch in der Öffentlichkeit bekannt.

Der Feind steht Links

Alle Bewegungen, die die Fundamente der imperialistischen Herrschaft angreifen, sind somit der Hauptfeind des Systems. Faschistische Bewegungen sind mitnichten Gegner dieses Systems. Schließlich will der Faschismus ja nicht den Imperialismus abschaffen, sondern nur ein anderes Regime einführen. Zwar haben die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik kein Interesse an einer sich weiter vergrößernden faschistischen Bewegung. Trotzdem liegt es im Systeminteresse, daß ein gewisses faschistisches Potential erhalten bleibt.

Überhaupt kein Interesse hat dieser Staat an der Existenz einer breiten antifaschistischen, antiimperialistischen Bewegung.

So erklären sich die Bilder, die wir hier beschrieben haben. Der Polizeistaat wird gegen die antifaschistische Mobilisierung eingesetzt und knüppelt im Zweifelsfall den Nazis den Weg frei. Doch laßt uns an diesem Faktum nicht verzweifeln. Wenn wir uns organisieren, dann können wir den Faschismus besiegen.

Organisieren wir den faschistischen Widerstand
Solidarität ist unsere stärkste Waffe

Wir müssen dem faschistischen Terror unseren aktiven Widerstand entgegensetzen, nur so können wir weitere Übergriffe verhindern. Wir rufen alle auf, diesen Überfall nicht hinzunehmen. Wir müssen dem Faschismus und dem Polizeiterror entgegentreten. Wir müssen den Nazis ihre Aktivitäten so schwer wie möglich machen. Das heißt natürlich nicht, daß wir die gleichen Mittel wie die Nazis anwenden werden. Brutalität und sinnlose Gewalt ist Stil der Nazis. Wir werden uns wehren, wenn es sein muß auch mit Gewalt! Unsere Kämpfe werden aber immer politisch inhaltlich begründet sein und an unseren Zielen orientiert.

Es muß uns darum gehen, einen Widerstand zu entwickeln, der weder von Durchhalteparolen und Mackergehabe bestimmt ist, noch von reinen Lippenbekenntnissen und Selbstmitleid.

ANTIFA HEISST ANGRIFF
HOCH DIE ANTIFASCHISTISCHE SOLIDARITÄT
ORGANISIERT DEN FASCHISTISCHEN WIDERSTAND

ZeugInnenvorladung wegen Überfall bzw. Brandanschlag auf CDU-Druckerei in Weimar - Erste Information

Am 19.4.95 erhielten 10 Leute aus Weimar polizeiliche Vorladungen als Zeugen bzw. Zeuginnen. Diesen folgten sie nicht. Es ging im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Druckerei der "Jungen Freiheit" am 3./4.12.94 um Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, schwerem Raub, versuchter Nötigung und versuchter Brandstiftung". Am 19.5.95 erhielten dieselben Leute Vorladungen vom Generalbundesanwalt nach Karlsruhe. Ein Mensch folgte dieser Vorladung und machte eine Aussage. Die anderen ließen sich von ihrem Anwalt "angesichts der Bedeutung der Sache und ihrer Unerfahrenheit in rechtlichen Angelegenheiten" entschuldigen, da dieser zu den Vorladungsterminen nicht hätte anwesend sein können. Das Gericht akzeptierte dies nicht und ließ sieben Leute am 1.6.95 zwangsvorführen. - Zwei Leute befanden sich zu dieser Zeit nicht in Weimar und konnten demzufolge nicht vorgeführt werden. -

Die "Aktion" begann um 6 Uhr morgens. Die Sieben wurden aus ihren Betten geholt und jedeR einzeln mit persönlichem LKA-Typen, mindestens zwei Bewachungs-Uniformierten und zwei Begleitfahrzeugen zur Autobahnpolizeistation Hermsdorf transportiert. Der Generalbundesanwalt wurde wahrscheinlich eingeflogen (oder gebeamt). Unter anderem stand eine ominöse anonyme Denunziation zur Rede. Während der Vernehmungen wurde allen ZeugInnen mit Beugehaft gedroht. Zwei Leute verweigerten die Aussage und begründeten dies mit der Abwesenheit des Anwaltes. Alle neun ZeugInnen bekamen ein Ordnungsgeld in Höhe von 200 DM aufgrund des Nichterscheinens in Karlsruhe aufgebrummt. Die zwei Leute, die die Aussage verweigert hatten, müssen zusätzlich 500 Mark abdrücken. Die nächste Vorladung wird vermutlich in den nächsten Tagen vom Ermittlungsrichter folgen.



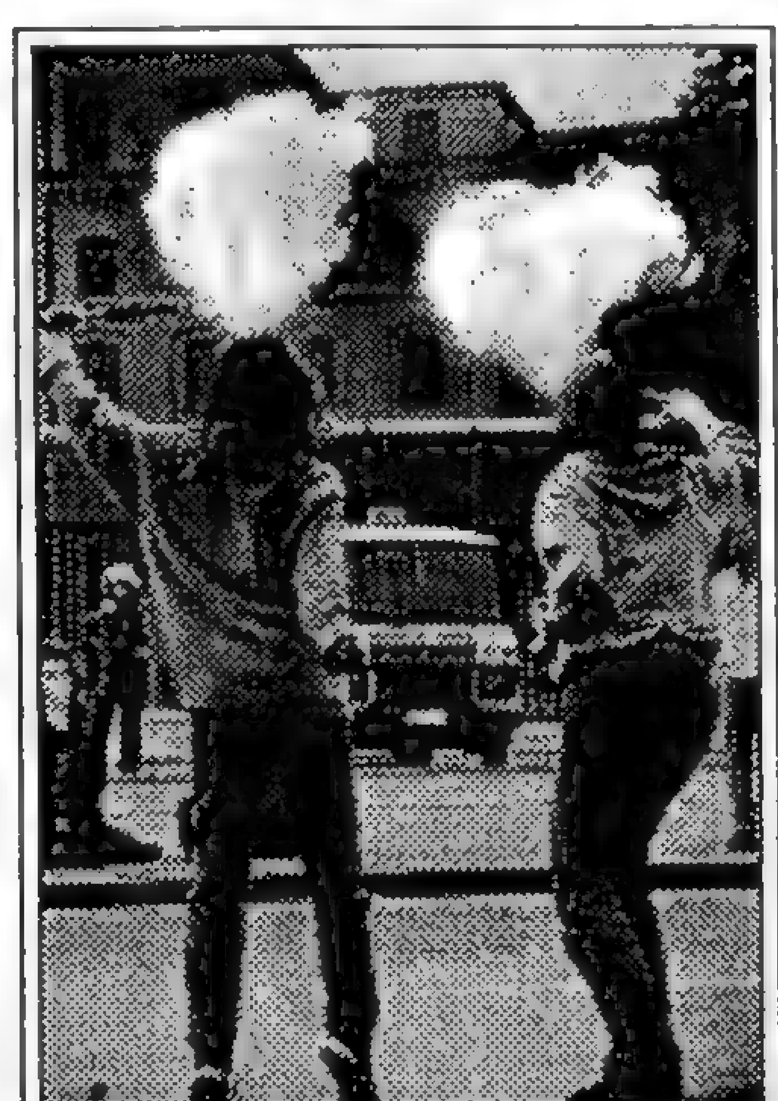
Polizei warnt vor weiteren Briefbomben

MÜNCHEN (AFP). Nach dem Briefbomben-attentat auf die TV-Moderatorin Kiesbauer befürchtet das bayerische Landeskriminalamt (LKA), daß noch weitere Briefbomben in Umlauf sind. Zur Erkennung von Briefbomben verwies das LKA auf folgende Anhaltspunkte: Die Briefe sind mit „persönlich", „privat" oder „nur vom Empfänger zu öffnen" beschriftet. Es handelt sich um unerwartete oder unaufgeforderte Post, der Absender ist im Regelfall fiktiv. Elastisches Material, Metallteile oder Versteifungen sind fühlbar, es sind Verformungen oder unregelmäßige Konturen vorhanden. Der Schwerpunkt liegt außerhalb der Mitte und führt zu ungleicher Gewichtsverteilung.

Der „Fall Kaindl"

Das Du dich wehren mußt...

Eine Nachbetrachtung



Aus dem Inhalt:
- Bericht eines Gefangenen
- Die Rolle der AnwältInnen
- Verratsdiskussion

48 Seiten - 3 DM (+2 DM Porto)
Bestellungen an:
Antifa-Versand
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Gelesen

Welche Krise?

Letzten Herbst trugen in Zürich fünf exponierte Linke ihre Ansichten zum Charakter der gegenwärtigen Krise und zur zukünftigen Entwicklung des Kapitalismus vor, die jetzt in dem Heft „Krise – welche Krise?" nachlesbar sind. Der Schweizer Ökonom Res Strehle stellt, wie der mit seinen Thesen zur „Wiederkehr der Proletarität" hervorgetretene Karl Heinz Roth, den Doppelcharakter der Krise heraus: Sie wurde durch steigende Ansprüche „von unten" erzeugt, auf die das Kapital mit dem Abbau sozialstaatlicher Garantien und der Erhöhung des Zwangs zur Arbeit reagierte. Strehle arbeitet auch die vielfältigen Formen von Arbeit jenseits von Vertragsverhältnissen heraus: „Kriminalität", Haus- und Zwangsarbeit. Ernest Mandel, der alte Kämpe des Trotzkismus, ordnet die Krise in die langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung ein.

Robert Kurz sieht den Kapitalismus durch Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung am Ende, während die linke Gesellschaftskritik gleichzeitig so zahm sei wie noch nie (seine eigene natürlich ausgenommen). Für die Ökofeministin Maria Mies sind die armen Frauen und die sogenannte Dritte Welt die Verliererinnen der Krise, sie plädiert für eine subsistenz- und öko-orientierte Abkoppelung vom Markt.

Roth beschreibt das neue deutsche und weltweite Akkumulationsmodell, das er mit einer Zentralisation des Kapitals bei gleichzeitiger Dezentralisation der Produktion, dem Ende des fordistischen Klassenkompromisses, Zerschlagung von agrarischen Subsistenzstrukturen und mit Armut trotz Arbeit („workfare") kennzeichnet. Dieses neue Modell bringe eine „nutzlose" Überbevölkerung, Rassismus, die Ausdifferenzierung der Arbeitsbedingungen und die tendenzielle Vereinheitlichung der Tatsache der Ausbeutung mit sich. Roth bestimmt die Aufgaben der egalitären Linken in der Durchsetzung einer moralischen Ökonomie des Existenzrechts; seine Vorschläge zur Organisierung und zu Subjekten bleiben aber so nebulös wie in der Vergangenheit.

(Krise – welche Krise?, 118 S., 16 DM, Edition ID-Archiv 1995)

Ausstellung "Kunst als Widerstand"



Dokumentation "Verbotene Kunst"

vom 23. Juni bis zum 7. Juli 1995



Die Ausstellung "Kunst als Widerstand" / Dokumentation "Verbotene Kunst" zeigt kriminalisierte Plakate aus den 80er und 90er Jahren und Kunst im Klassenkampf der 20er Jahre. Sie ist angelehnt an die Wanderausstellung "Kunst als Widerstand", die mit großem Erfolg 1986 durch verschiedene Städte der BRD zog. Ein Teil der Ausstellung ist die Darstellung der Debatte um revolutionäre Kunst in den 20er Jahren. Auf 20 Tafeln werden KünstlerInnengruppen der Weimarer Republik und ihre Standpunkte dargestellt. Der Schwerpunkt liegt bei der DADA-Bewegung mit Namen wie Heartfield, Grosz und dem Malik-Verlag. Dabei geht es hauptsächlich um die Begriffe "Tendenzkunst" und "soziale Brauchbarkeit".

Kunst und Kampf...

Der Hauptteil der Ausstellung zeigt Plakate von Kunst und Kampf (KuK) und dokumentiert kriminalisierte Agitprop-Aktionen aus Göttingen. KuK entstand in den 80er Jahren im Zusammenhang mit der autonomen / antiimperialistischen Bewegung in der BRD. KuK ist bewußte Abgrenzung zum herrschenden Kunst- und Kulturbetrieb der Postmoderne. *"Die herrschende Kunst in der BRD ist die Kunst der Herrschenden, und das heißt organisierte Langeweile - bestenfalls"* (KuK). Hier geht es nicht um Kunst um der Kunst willen. Für KuK heißt Kunst Bewußtsein schaffen, Widersprüche entwickeln, Probleme aufzeigen, Lösungen zu provozieren. *"Kunst heißt, in individuelle und gesamtgesellschaftliche Prozesse eingreifen und immer wieder den Versuch der Klarheit zu unternehmen, also Stellung zu beziehen"* (KuK). Ein wesentliches Prinzip dabei ist die Entstehung im Zusammenhang mit der politischen Bewegung, Initiative und Aktion. Damit stand und steht KuK für die Entscheidung, das Medium Kunst in der politischen Auseinandersetzung zu verwenden und an einer neuen linken Kunst- und Kulturinterpretation mitzuwirken.

... und die Reaktion

Die Geschichte der Kriminalisierung von KuK ist so lang wie die Geschichte von KuK selbst. Bereits 1985 wurden mit der Begründung "Aufforderung zu Straftaten und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" erste KuK Publikationen verboten. In diesem Zusammenhang fanden 6 Hausdurchsuchungen sowie Durchsuchungen einer Druckerei, eines Buchladens und einer Zeitungsredaktion statt. 1994 gipfelte die bisherige Kriminalisierung in einer Großrazzia von der die Autonome Antifa (M), Kunst und Kampf, ein Buchladen und der Asta der Uni Göttingen betroffen waren.

Dokumentation:



Dorn im Auge des Staatsschutzes: KuK Plakat "Zusammen gehört uns die Zukunft"

Insgesamt wurden 30 Privatwohnungen und öffentliche Einrichtungen durchsucht und über 200 KuK Plakate beschlagnahmt. Seit Bestehen der Autonomen Antifa (M) gibt KuK Plakate im Zusammenhang mit deren politischer Arbeit heraus. Ein entscheidenden Punkt des Kriminalisierungsversuches bildet ein KuK Plakat, welches laut des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe den "Straftatbestand" der "Werbung für eine terroristische Vereinigung" erfüllt und nach §129a verfolgt wird.

In der Ausstellung werden die kriminalisierten Objekte nicht nur gezeigt, sondern auch ihre Entstehung mit Blick auf ihren politischen und künstlerischen Zusammenhang auf Tafeln erläutert. Das heißt, daß die Ausstellung nicht nur die Geschichte der Kriminalisierung von KuK- Arbeiten und Aktionen dokumentiert, sondern darüber hinaus die politischen Initiativen, mit denen KuK innerhalb der letzten 10 Jahre in Zusammenhang stand, darstellt.

Solidarität mit KuK !

Besucht die Ausstellung "Kunst als Widerstand" "Verbotene Kunst"

Ausstellungseröffnung
23. Juni 1995, 20 Uhr, Yorkstraße 59.

Diavortrag zum Kunstverständnis von KuK:
"Im Widerspruch liegt das kreative Potential"
24. Juni 1995, 19 Uhr, Yorkstraße 59 und
26. Juni, 14 Uhr, HS 1a, FU (Dahlem) Silberlaube

Veranstaltung zur Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstandes am Beispiel der Autonomen Antifa (M), Göttingen
anschl. Abschlußrundgang durch die Ausstellung
7. Juli 1995, 19 Uhr, Yorkstraße 59

DISCO, Yorkstraße 59, 8. Juli, 22 Uhr

Ausstellung
23.6. - 7.7., täglich 16 - 21 Uhr
Yorckstraße 59 (HH)
Berlin - Kreuzberg

Ausstellungsgruppe Berlin

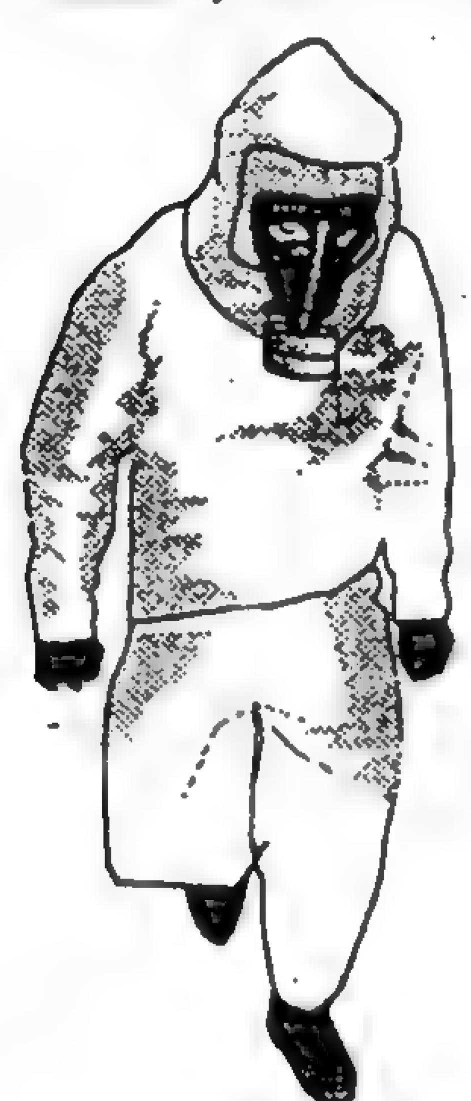
V.i.S.d.P. Tamara Bunke, Berlin



*AIDS*Afrika*Bevölkerungspolitik* (Texte aus dem Projekt Kritische AIDS-Diskussion) 140 S., brosch., 10,- DM

1985 boykottierten zahlreiche afrikanische Regierungen die erste Konferenz zu 'AIDS in Afrika'. Die berechtigte Kritik an rassistischer Voreingenommenheit der Wissenschaft gilt heute wie damals, der Widerstand gegen die Stigmatisierung eines ganzen Kontinents konnte jedoch dem massiven ökonomischen und politischen Druck nicht standhalten. Es gelang der Metropolenmedizin, ihre fragwürdigen Forschungsmethoden und deren entsprechende Resultate zum Paradigma zu zementieren.

AIDS gilt inzwischen allgemein als eine Krankheit, die aus Afrika stammt und von dort 'eingeschleppt' wurde.



Auch Perspektiven, seien es apokalyptische Horrorszenarien oder 'sozial-verträglich' konzipierte Präventionsstrategien, werden vor allem auf die Entwicklung in Afrika bezogen.

Wenn sich auch die Aufmerksamkeit der AIDS-Berichterstattung allmählich nach Asien verlagert, bleibt Afrika doch das Zentrum. Dort wurden AIDS-politische Strategien entwickelt, die über den Kontient hinaus Bedeutung haben. Die Analyse von "AIDS in Afrika" verdeutlicht Muster, die nun anderswo wiederholt werden. Möglicherweise wird die Vorgehensweise auch auf andere "Erreger" angewandt, da die Virologie sich auf Dauer nicht mit AIDS zufriedengeben wird. Die Inszenierung des "Ebola-Virus" (von dem anzunehmen ist, daß es ebensowenig wie HIV aus dem Regenwald kommt) Anfang diesen Jahres weist bereits auf eine solche Entwicklung hin.

Seit mehr als 10 Jahren fordert die AIDS-Medizin insbesondere unter Schwulen und in Afrika ihre Opfer, mit deren zunehmender Zahl auch die der Profiteure wuchs. Die bis dato recht erfolglose Retrovirologie konnte nach Festlegung der Virusideologie HIV = AIDS = Tod zum unanfechtbaren (aber nie bewiesenen) Dogma Mittel in Milliardenhöhe aquirieren. Als Gegenleistung produzierte sie das Know-how für eine neue Wachstums-Industrie, die vom "AIDS-Test" bis zu Zidovudin (AZT) alles herstellt, was teuer ist und krank macht.

Seit 1989 sinkt die Zahl der AIDS-Neudiagnosen in der BRD. Schon länger befindet sich der Boom an Studien, Veröffentlichungen und das Medieninteresse an AIDS in einer beständigen Talfahrt. Über zehn Jahre nach der befürchteten, vorgetäuschten oder anderweitig in Dienst genommenen Bedrohung eines exponentiellen Anstiegs ist die Apokalypse abgesagt, allerdings nur für hiesige Breitengrade.

Dennoch bleiben die verheerenden individuellen und gesellschaftlichen Folgen. Immer noch werden Test-Positive durch die Propaganda der Hoffnungslosigkeit zu Tode erschreckt, immer noch wird die Seuchengefahr zur sexuellen Unterdrückung und allgemeinen Disziplinierung heraufbeschworen, bis hin zur Verwirklichung alter autoritär-rassistischer Wunschvorstellungen wie der Zwangsdurchtestung von Flüchtlingen. In diesem Klima wächst die Macht der Infektiologie, gesellschaftliche Probleme und Widersprüche werden zunehmend biologisiert und die menschenverachtende Gentechnologie ist auf dem Weg zur Leitwissenschaft, die nicht nur Forschung und Lehre, sondern auch menschliches Bewußtsein und die Politik mehr und mehr bestimmt: Bio-Politik.

Wir wollen dem eine selbstbestimmte, solidarische und konstruktive Diskussion gegenüberstellen, die AIDS von verschiedenen Denkrichtungen her kritisch betrachtet, um damit dem Gefühl der Lähmung das Selbstbewußtsein kollektiver Denkprozesse und gemeinsamen Handelns entgegenzusetzen. Bisher diskutierten wir im gemischten Rahmen von Lesben und Schwulen, Hetero-Männern und -Frauen, aus biologischen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Blickwinkeln und einigen, die damit gar nichts am Hut haben. In unseren Broschüren 'Texte aus dem Projekt Kritische AIDS-Diskussion' vom Oktober 92 und Mai 93 ist der Diskussionsverlauf dokumentiert.

Bei der Beschäftigung mit dem Thema AIDS sind wir zwangsläufig immer wieder auf den Bereich "AIDS in Afrika" gestoßen, der hier in den Medien sehr präsent ist. Die Menge dieser Berichte ist allerdings durch eine auffallende Einseitigkeit gekennzeichnet, meist werden dieselben Inhalte in leicht veränderter Form wiederholt. Transportiert wird das Bild eines von AIDS schwer betroffenen Kontinents mit Menschen, die eine Stellung zwischen TäterInnen und Opfern einnehmen und eine potentielle Gefahr für den Rest der Welt darstellen. Anfangs hatten wir darüber vor allem Unbehagen, mehr Gefühl als Wissen, daß diese verbreitete Version nicht stimmen kann. Um klarer zu sehen, haben wir uns im letzten Jahr entschlossen, "AIDS in Afrika" eingehender zu diskutieren. Zudem wird Afrika von der hiesigen AIDS-Forschung oft als einzige Bestätigung für ihre Thesen genannt, während die BRD-Daten ihnen widersprechen. So ist es also über das eigentliche Thema hinaus wichtig, diese Behauptungen auf ihre Substanz hin zu überprüfen.

Diesen Ansatz verfolgen wir zum Thema AIDS seit dem Beginn unserer Arbeit im Projekt. Dabei zeigte sich, daß dessen sachliche Basis einer Überprüfung nach wissenschaftlichen Kriterien nicht standhält. Wegen der weitreichenden Folgen von AIDS kann dies nicht isoliert als ein akademisches Problem betrachtet werden, sondern muß auch eine politische Einordnung erhalten. In allen Texten dieser Broschüre werden diese beiden Richtungen verfolgt.

Die Broschüre besteht aus drei Schwerpunkten. Den ersten bilden drei Basistexte, die grundsätzliche Kritik an der offiziellen AIDS-Version darstellen und unsere Ausgangspositionen erklären sollen. Robert Gallo und Luc Montagnier hatten an der Fixierung der Virustheorie von AIDS großen Anteil, beide gelten (mit wechselnden Anteilen) als "Ko-Entdecker" von HIV. Anhand ihres ersten gemeinsamen Textes aus dem Jahre 1988 wird die superinfizierung ihrer Arbeit mit Laborverunreinigungen und wissenschaftlichen Vorurteilen geschildert, ergänzend werden die Bedingungen, unter denen die frühe HIV-Forschung stattfand, skizziert und Gallos und Montagniers Werdegang umrissen.

Ein kurzer Abriß verschiedener "AIDS-Tests" beschreibt die gängigen Nachweismethoden, durch die Menschen in "Positive" und "Negative" eingeteilt werden, besonders berücksichtigt wird hier der Western Blot, der als Bestätigungstest gilt. Der Text basiert auf einer wissenschaftlichen Studie, die vor zwei Jahren erschienen war und den Test erstmals kritisch analysiert hatte. Ihr Ergebnis war, daß der Western Blot ein untauglicher Test für AIDS ist und nicht einmal für die HIV-Bestimmung ausreicht. Mit weiteren gängigen Nachweismethoden, die ebenfalls als "AIDS-Tests" angesehen werden (ELISA, p24 etc.) verhält es sich nicht anders, auch sie werden im Text kurz besprochen.

Haben die ersten beiden Texte auch für die Metropolen konkrete medizinische Bedeutung, geht es im folgenden Artikel um Afrika. Was dort als AIDS bezeichnet wird, wird durch die Bangui-Definition bestimmt, die Mitte der achtziger Jahre von der Weltgesundheitsorganisation speziell für die Länder südlich der Sahara entwickelt wurde. Mit ihr werden AIDS-Diagnosen aufgrund unspezifischer Symptome gestellt, ein HIV-Test wird nicht verlangt. Komplexe Krankheitsbilder wie Mangelernährung, Armutskrankheiten, Pestizidvergiftungen etc. könnten aufgrund ähnlicher Symptome zu AIDS diagnostiziert werden. Die Benennung der Krankheitsursachen und deren Therapie werden so verhindert. Der Text ist ein Versuch, der Dethematisierung und Biologisierung von Verelendung und struktureller Abhängigkeit entgegenzuwirken.

Der Schwerpunkt zu Afrika beginnt mit einer Betrachtung des Verhältnisses der Metropolen-Medizin zum Trikont, die durch die Einteilung in Exoten und Experten gekennzeichnet ist. Während die hiesige Schulmedizin den Kranken kaum Hilfe bietet, reagiert sie auf Berichte über Behandlungserfolge mit tradierten Methoden mit einem Spektrum zwischen Arroganz und direkter Gewalt. Dennoch besteht seitens der Pharmaindustrie großes Interesse an der Ausbeutung der Trikont-Medizin.

Einige Regionen werden in den Medien immer wieder als besonders hart von AIDS betroffen und gut erforscht dargestellt, z.B. das Westufer des Viktoria-Sees. Anhand von Zusatzinformationen über Rakai, Uganda soll eine Annäherung an dieses Gebiet versucht werden, die nicht nur die Widersprüchlichkeit der AIDS-Berichterstattung umfaßt, sondern auch die jüngere Geschichte, die Umstrukturierungen und die vielfältigen Außenabhängigkeiten Ugandas, die nicht ohne Folgen auf den Gesundheitszustand der Menschen bleiben können.

Ein Interviews mit einem Ehepaar, das ein AIDS-Projekt in Kagera, Tansania leitet, der Nachbarregion Rakais, vermittelt überraschende Gegeninformationen, die offizielle Aussagen zu "AIDS in Afrika" in einem völlig anderen und hoffnungsvolleren Licht erscheinen lassen.

In Kinshasa, Zaire war die AIDS-Forschung schon vor über zehn Jahren tätig. Ausgehend von einer kleinen Forschungsgruppe wurden dort die Fundamente für "AIDS in Afrika" und ihre weitere Ausdehnung im Trikont gelegt. Dieser Weg über Weltgesundheitsorganisation und Medien wird verfolgt und der politische Rahmen dieser Bewegung umrissen.

In Nairobi, Kenia finden seit einigen Jahren Menschenversuche statt, die symptomatisch sind für den eskalierenden Zugriff der AIDS-Forschung auf Frauen und dessen ethische Grundlagen.

Im dritten und letzten Schwerpunkt geht es um Bevölkerungspolitik. Da AIDS auf der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo eine wichtige Rolle spielte, wurde die Verknüpfung dieser beiden Themen zu einer zusätzlichen Fragestellung. In Bevölkerungspolitik, AIDS und Täuschung wird versucht, anhand der organisatorischen Verquickung und der ideologischen Entwicklung die Verbindungslinien aufzuzeigen. Beide Bereiche sollten zusammen diskutiert und kritisiert werden.

Abschließend folgen die Fragen und Thesen, die sich für uns aus der Beschäftigung mit den Themen dieser Broschüre ergeben haben. Allen Artikeln gemeinsam ist der Versuch, die angesprochenen Themen von der sie umgebenden Irrationalität und ideologischen Verschleierung zu befreien.



Texte aus dem Projekt Kritische AIDS-Diskussion
Nr.1 und Nr.2 erhältlich als Kopie: je 36 Seiten, je 5,-DM;
Nr.3 ab 5 Exemplaren für je 8,-DM;
Nr.3 auch auf Diskette (nur Text; word; 3,5'') für 2,-DM;
alles plus Porto.

Kontakt: Tel. (030) 785 89 69 oder 618 16 99 oder 414 52 24 oder 781 53 43

Konto: Nr. 1140175838, Lass (Verwendungszweck angeben), Berliner Sparkasse, BLZ 10050000

Adresse: Projekt Kritische AIDS-Diskussion, c/o Lateinamerikazentrum (LAZ), Crellestr. 22, 10827 Berlin.

Bestellschein

Ich/wir bestellen

o per Überweisung

o Geld liegt bei

o Scheck liegt bei

... Exemplar(e) der Broschüre

*AIDS*Afrika*Bevölkerungspolitik*

Name.........

Adresse.........

Datum.........

Unterschrift.........

„Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf"

Aufruf zur europaweiten, kurdischen Demonstration am 17. Juni in Bonn

Am 17. Juni findet in Bonn eine bundes- bzw. europaweite Demonstration zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes statt.
Unter dem Motto „Für eine politische Lösung in Kurdistan" ruft dazu in Deutschland das gesamte Spektrum kurdischer Organisationen und Vereine auf. Es werden 150.000 TeilnehmerInnen erwartet.
Die Beteiligung deutscher Linker an den bisherigen kurdischen Demonstrationen war eher gering. Als Argument für fehlende Unterstützung, werden oft inhaltliche Differenzen vorallem mit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) angeführt. Trotz bestehender inhaltlicher und praktischer Unterschiede halten wir es aber für notwendig revolutionäre, kurdische Zusammenhänge stärker zu unterstützen und die Zusammenarbeit anzustreben.
Im November 1993 wurde von Innenminister Kanther die PKK und über 30 kurdische Vereine verboten. Seitdem sind KurdInnen in der BRD, insbesondere diejenigen, die den bewaffneten Kampf in der Öffentlichkeit verteidigen, verstärkt staatlichem Terror ausgesetzt. Repression und Propaganda von Staat und Medien beziehen sich hauptsächlich auf die PKK. Vermutete PKK-Nähe ist der Grund für immer weitere Verbote und Übergriffe der Polizei: Organisationen, Demonstrationen, Veranstaltungen und sogar Feste, wie das kurdische Neujahrsfest Newroz sind davon betroffen. Damit ist die Repression gegen KurdInnen insbesondere gegen die PKK als einer der härtesten Schläge gegen relevante linke Gruppierungen in der BRD zu bewerten.
Seit Jahren unterstützt die BRD in Millionenhöhe den Krieg des türkischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung (allein 1995 mit 118,7 Mio DM). Aufgrund dieses Krieges, aufgrund von Verfolgung, Massakern und Zerstörung flüchten viele KurdInnen in die BRD. Obwohl diese Realität verstärkt an die Öffenlichkeit gelangt, verteidigt die BRD-Regierung die Türkei weiterhin als demokratischen Staat, in dem für KurdInnen keine Gefahr besteht. Dies dient als Argument für die Aufhebung des vorübergehenden Abschiebestopps für KurdInnen zum 12. Juni.
Aus diesen Gründen ist es wichtig, sich trotz bestehender Unterschiede auf die Gemeinsamkeiten zu beziehen, und somit die Basis für eine solidarische Zusammenarbeit zu schaffen.I
n einer Zeit , in der die Herrschenden weltweit, und auch gerade in der BRD, versuchen, eine emanzipatorische Befreiungsbewegung zu zerschlagen, kann es darauf nur eine Antwort der radikalen Linken geben: Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und der PKK!

Eine Form der Solidaritätsbekundung ist , sich zahlreich an dieser Demonstration zu beteiligen.

Deshalb rufen wir bundesweit zu einem antifaschistischen Block auf.

Weg mit dem Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Vereine und Organisationen!
Keine Kriminalisierung des linken Widerstands!
Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf!
Hoch die internationale Solidarität!

(Autonome Antifa A+P, Fara, FelS, R.A.I.) organisiert in der:



Wann: Samstag, 16. Juni, 10.00 Uhr
Wo: Bonn, Josefshöhe
Busfahrkarten: Dienstag-Donnerstag (12.6.-14.6.95), Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenau Str. 2a, Kreuzberg
Donnerstag (14.6.), 15.00-19.00 Uhr, Nachladen, Waldemarstr. 36, Kreuzberg

Am Dienstag, den 6.6.1995, wurden vor dem Kasseler Landgericht zwei weitere Urteile in den sog. „Elwe"-Prozessen gesprochen: Adel M. wurde von der sechsten Strafkammer wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollzugsbeamte zu 3 ½ Jahren Haft verurteilt. Die erste Strafkammer befand Mohammed B. der Geiselnahme im minder schweren Fall für schuldig und setzte das Strafmaß auf 3 Jahre fest. Dieses Urteil wurde noch im Gerichtssaal rechtskräftig, während gegen das andere von der Verteidigung Revision eingelegt werden wird.

In den fünf Verhandlungstagen gegen Adel M. wurden die anfänglichen Anklagepunkte, Geiselnahme und schwerere Landfriedensbruch, weitgehend entkräftet. Es hatte sich herausgestellt, daß der Angeklagte sich während der Revolte in einer abseits gelegenen Zelle aufgehalten hatte und bereits am frühen Abend von der Polizei abtransportiert worden war. Es blieb der Vorwurf, daß er andere Mitgefangene in der Freistunde vor dem Aufstand auf den Koran schwören ließ. Zu diesem Anklagepunkt gab es unterschiedliche Zeugenaussagen, zu dem möglichen Inhalt der Zeremonie gab es keine konkreten Angaben, außer daß diese im Zusammenhang mit der Revolte gestanden hätte. In ihrem Abschlußplädoyer legte die Staatsanwaltschaft dann Adel M. die Anstiftung zu der Aktion zur Last: Seit einigen Tagen hätten Ausbruchspläne unter den Abschiebehäftlingen kursiert, man hätte an die Schlüssel herankommen wollen und dazu hätte man notwendigerweise einen JVA- Beamten niederschlagen müssen. Zu dieser Tat hätte Adel M. seine Mitgefangenen durch den Koranschwur angestiftet. Der Staatsanwalt forderte 2 ½ Jahre Haft. Die sechste Strafkammer folgte seiner Auffassung weitgehend. Sie ging aber ein Jahr über das geforderte Strafmaß hinaus, weil ihrer Ansicht nach Adel M. für die psychischen Schäden bei der Geisel und den Sechs- Millionen-Schaden in der JVA verantwortlich sei. Der Vorsitzende Richter Damm sah in dem Angeklagten den Hauptinitiator der Revolte.

Das Urteil stellt unserer Auffassung nach den Prozeßverlauf auf den Kopf, macht aus einer spontanen, weitgehend chaotischen Aktion ein planvolles Vorgehen und beruht auf einer durch nichts belegten Konstruktion, die hauptsächlich auf rassistische Verschwörungsbilder bei Gericht und Staatsanwaltschaft zurückzuführen ist.

Gegen die selbstgefällige Prozeßführung und die maßlosen Urteile dieser Kammer hebt sich die Praxis der ersten Strafkammer wohltuend ab. Mit der Einschränkung, daß die Verfahren an sich angesichts der Verantwortlichkeiten Kasseler Justizbehörden für die Revolte absurd anmuten und ungerechtfertigt sind. Mohammed B. wurde, nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Aussagen, die Beteiligung an der Geiselnahme nachgewiesen. Ber dem betroffenem Schließer entschuldigte er sich, verwies aber zugleich auch auf seine eigene Situation als Abschiebehäftling. Wie mittlerweile auch das OLG- Frankfurt bestätigte, wurde er zu Unrecht in Abschiebehaft gehalten. Zugute hielt ihm das Gericht nicht nur sein Geständnis, sondern auch daß er sich während der Revolte gegenüber der Polizei kooperationsbereit gezeigt habe. Der damalige Verhandlungsführer wies in seiner Aussage auf die deeskalierende und verantwortliche Rolle Mohammeds während des Aufstandes hin. Letztlich lief es dann auf eine Verurteilung wegen Geiselnahme im minder schweren Fall hinaus.

Z.Z. läuft vor der sechsten Strafkammer der Prozeß gegen Zamir L., der siebte der „Elwe"- Prozesse. Auch er ist wegen Geiselnahme und Landfriedensbruchs angeklagt. Es zeichnet sich bereits ab, daß der Vorsitzende Richter Damm dem Algerier eine Beteiligung, aber keine herausragende Rolle bei der Geiselnahme zuweist.. Bei der bisherigen „Rechtsprechung" dieser Kammer läßt das als Urteil nur eine langjährige Freiheitsstrafe vermuten.

In bezug auf die Ermittlungen wegen der Mißhandlungsvorwürfe gegen JVA-Beamte wie auch in bezug auf die weiteren Prozesse gibt es nichts wesentlich neues zu berichten. Zu gegebener Zeit melden wir uns wieder mit einem Rundbrief. Z.Z. sind wir dabei, unseren Verteiler zu aktualisieren. Wir bitten alle, die an einer weiteren Zusendung des Rundbriefes interessiert sind, uns die kurz zu schreiben und der Notiz 3Briefmarken a 1DM beizulegen, um unsere Kopier- und Portokosten in Grenzen zu halten. Bei bisherigen Adressaten, die uns keine Antwort zusenden müssen wir davon ausgehen, daß kein Interesse an weiterer regelmäßiger Information besteht und schicken ihnen demzufolge die nächsten Rundbriefe nicht mehr zu.

Unsere Kontakadresse, auch für andere Anfragen etc. lautet: Elwe- Prozeßbeobachtungsgruppe c/o ASTA der GhKassel, Nora- Platiel- Str.2, 34127 Kassel.

Zur Unterstützung der Gefangenen wurde ein Spendenkonto eingerichtet:
M.F., Kontonr.: 3924834 bei der Stadtsparkasse Kassel, BLZ: 52050151, Stichwort: Pakete.

8.6.95 Elwe- Prozeßbeobachtungsgruppe

Angeklagt sind einige - gemeint sind viele!

Vermutlich in wenigen Wochen werden in Göttingen verschiedene Verfahren beginnen. Dabei handelt es sich, wie allgemein bekannt, um Anklagen gegen den Buchladen Rote Straße, vermeintliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) sowie um ein nochmal gesondert zu bewertendes Verfahren gegen 5 Antifas, die beschuldigt werden, an einer militanten Aktion in Mackenrode beteiligt gewesen zu sein.

Wir wollen an dieser Stelle nochmal auf ein paar Punkte hinweisen, die uns wichtig erscheinen - weniger ein aktueller Überblick, den es in diversen Publikationen wesentlich besser nachzulesen gibt, sondern eher einen Aufruf zu unbedingter Solidarität.

Überblick

Ein Überblick in Kürze: Es laufen mehrere Verfahren nach § 129 und §129a. Der §129 bezieht sich auf die Antifa (M), die über Jahre als kriminelle Vereinigung agiert haben soll, wobei der Hauptvorwurf die Bildung eines Schwarzen Blocks und die Organisation unangemeldeter Demos ist.

Der Buchladen Rote Straße wird nach §129a verfolgt. Zuerst sollte er mit einer seit Jahren veröffentlichten und 10.000fach in der BRD verkauften Broschüre des GNN-Verlages die RAF unterstützt haben. Nachdem diese Anklage nun vom OLG Celle abgewiesen wurde, gibt es inzwischen neue Anklagen nach § 129a - wegen des Vertriebs einer Broschüre der Initiative "Kunst und Kampf" (KuK), in der ein KuK-Plakat dokumentiert ist, auf dem der von der RAF gesprengte Knast in Weiterstadt zu sehen ist mit einem Schwarzen Block davor und der Parole "Zusammen gehört uns die Zukunft!". Mit diesem Plakat soll die Initiative KuK für die RAF geworben haben - wer auch immer in irgendeiner Form mit diesem Plakat in Berührung kam, soll damit die RAF unterstützt haben. Das betrifft die BuchhändlerInnen, vermeintliche Antifa (M)-Mitglieder, die Initiative KuK und eine Druckerei.

Daneben gibt es noch eine Reihe kleinerer Vorwürfe wie Nötigung etc., deren Aufzählung wir uns jetzt ersparen.

Worum es uns geht, sind einige generelle Punkte. Unabhängig von der Bewertung der Politik der Autonomen Antifa (M), von KuK oder des Buchladens Rote Straße meinen wir, daß sämliche Angeklagten die unbedingte Solidarität der Linken erfahren müssen. Im Visier der staatlichen Anti-Antifaschisten von Bundes- und Landeskriminalamt, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft steht jegliche gegen die herrschenden Verhältnisse gerichtete Politik:

- das Durchführen von Demonstrationen, die nicht an der Leine staatlich bezahlter SchlägerInnen laufen,
- das Publizieren und Verbreiten von staatskritischen Plakaten
- das Publizieren und Verbreiten von staatskritischen Schriften
- jegliche Diskussion über die RAF und ihre Politik.

In Göttingen wird derzeit vorgemacht wie mit allen juristischen Mitteln eine politische Bewegung zerschlagen werden soll. Mit dem absurden Vorwurf, der Buchladen hätte mit einer seit 5 Jahren, 10.000fach verkauften Broschüre die RAF unterstützt, zeigt die Staatsanwaltschaft zum Beispiel sehr deutlich, daß ihr kein noch so dämliches Konstrukt abwegig genug ist, um das politisches Ziel zu erreichen.

Diese Art von Repression kennen wir. Der repressive Knüppel wird immer dann geschwungen, wenn sich regionale Situationen ergeben, in denen die Linke Boden und politische Stärke gewinnt, oder aber, wenn einzelne Gruppen besonders leicht angreifbar scheinen.

Am Beispiel Göttingen möchten wir nochmal in aller Deutlichkeit festhalten: Wir lassen uns weder vorschreiben, wann und wie wir uns über linke Politik im allgemeinen und die RAF im speziellen äußern noch wann und wie wir demonstrieren, noch was wir auf unsere Plakate drucken - ganz egal, ob wir (M) oder (Y) heißen, in der Roten oder der Schwarzen Straße sitzen.

Kriminalisiert:
Die Initiative
"Kunst und Kampf"

Prozeß mit Pilotfunktion

Damit hat dieser Prozeß auch Pilot-Funktion für die gesamte Linke. Wenn die Celler Anti-Antifa mit ihrer Anklage durchkommt, verschlechtern sich die Bedingungen für linke Politik in der gesamten BRD; Errungenschaften linker Politk sind schon jetzt in Gefahr.

Die Angeklagten und Betroffenen brauchen unsere Unterstützung!

Zum einen materiell, zum anderen politisch. Für uns heißt das zum Beispiel, die kriminalisierten Plakate und Schriften massenhaft zu reproduzieren und zu verbreiten, weiterhin Seminare mit ehemaligen Mitgliedern der Guerilla zu veranstalten und, zum Beispiel, die Ziele der Staatsanwaltschaft mit den Betroffenen öffentlich zu diskutieren.

Wir sind gespannt, ob die Herren in Celle künftig gegen jede Publikation und jeden Buchladen, in denen die kriminalisierten Veröffentlichungen zu finden sind, ein Verfahren nach § 129a eröffnen werden...

Solidarität heißt Widerstand!

einige Antifas aus Berlin

Spendenkonto für Autonome Antifa (M):
Stichwort: "Solidarität"
Konto-Nummer 150497006
BLZ 26050001
Sparkasse Göttingen

Spendenkonto Buchladen Rote Straße
D. Vogelskamp
Konton-Nummer 101130169
BLZ 26050001
Sparkasse Göttingen

Baobab-Infoladen

Seit Februar 1990 gibt es im Prenzlauer Berg den ***Baobab-Infoladen***. Ein leerstehendes Ladenlokal in der Winsstraße 53 wurde von zwei nichtstaatlichen Soli-Gruppen aus Ostberlin besetzt. Gedacht als Treffpunkt für Menschen aus verschiedenen Ländern, sollte darüber hinaus unabhängige Soli-Arbeit geleistet werden.

Anfangs beschäftigten wir uns vorwiegend mit dem politischen Schwerpunkt "Dritte Welt". Mit den zunehmenden rassistischen und faschistischen Übergriffen, insbesondere durch die FAP im Prenzlauer Berg, bakam die antifaschistische und antirassistische Arbeit zunehmend an Bedeutung.

Nach unserem heutigen Verständnis muß internationalistische Politik auch an den Interessen der von den herrschenden Verhältnissen hier Betroffenen ansetzen. Daher ist unsere Arbeit stärker auf die spezifische Situation in unserem Kiez bezogen. Darüber hinaus bieten der ***Baobab*** für Mitglieder eine kostenlose Rechtberatung.

Baobab-Infoladen
Ein Welt e.V.
Winsstraße 53
10405 Berlin Prenzlauer Berg
Tel./Fax: (030) 44 26 174
Öffnungszeiten: Mo-Do ab 17⁰⁰ Uhr
Rechtsberatung: jeden zweiten Dienstag im Monat (Näheres bitte erfragen)


termine termine termine termine termine termine termine termine
PALI PARTY
SA 10.6. 23 oo
PALISADEN-STR. 49
(U) Weberwiese mit TOMBOLA
Keine Deutschen Soldaten nach Bosnien
Nicht auf den Tag X warten
100 Gründe dagegen
Wo bleibt die breite Protestbewegung gegen
den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr ?
Wir haben nicht mehr viel Zeit.
Laßt uns mit einer berlinweiten Demo beginnen!
So schnell wie möglich, so groß wie möglich.
Stoppen wir Rühe, jetzt !
Wir laden ein zum Demo-Vorbereitungstreffen
am 15.6., 19.00 Uhr, im AStA der TU
Marchstr. 6, Villa II Stock
weitere Infos : AStA TU, Tel.: 314-25683
donnerstag, 15.6., 21.40, cuba - adonde vas?, ein politischer reisebericht mit dias, brunnenstr., 2.hh
freitag, 16.6., 20.00, cuba - adonde vas?, reisebericht, im ex
samstag, 17.6., 10.00, kurdistandemo in bonn
sonntag, 18.6., 19.00, cuba - adonde vas?, reisebericht, a6-laden, adalbert6
20.00 " , im hort, strausberg, peter-göring25
mittwoch, 21.6., 20.20, cuba - adonde vas?, reisebericht, cafe in der schreiner47
JUDEN UND JÜDINNEN IM WIDERSTAND
BERLIN 1933-45
Zwischen Überlebenskampf und antifaschistischer Aktion
Mittwoch, 21.6.
Alice und Gerhard Zadek
(Überlebende einer der Gruppen um Herbert Baum)
BEGINN: 19.00 UHR
Veranstalterin: Projekttutorium "Jüdischer Widerstand"
ORT: "REUTERSAAL" im SEMINARGEBÄUDE AM HEGELPLATZ
(Clara-Zetkin-Str./ Quergebäude, 3.OG)
freitag, 23.6., 20.00, gorleben-veranstaltung, im ex
samstag, 24.6., 15.00, antifa-demo in mahrzahn, s-bhf. mahrower allee

AKTION "WASSERSCHLAG" DER BUNDESANWALTSCHAFT AM 13.6.95

STELLUNGNAHME VON BETROFFENEN IN BERLIN

Am 13.6.95 wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft (BAW) zahlreiche Wohnungen in Berlin und sieben anderen Bundesländern durchsucht. Beteiligt waren Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt. Für diese mehrstündige Aktion "Wasserschlag" hat die Bundesanwaltschaft verschiedene Gründe an den Haaren herbeigezogen.
- In einigen Fällen wurde behauptet, es werde nach untergetauchten Personen gesucht, die wegen des gescheiterten Anschlages auf den in Bau befindlichen Abschiebe-Knast in Grünau verfolgt werden.
- Anderswo hieß es, es werde nach Personen gesucht, die die Zeitschrift "Radikal" herstellen.
- Wieder anderswo ging es angeblich um die "Antiimperialistischen Zellen" (AIZ).
Zusammengeschnürt wurde dieses krude Bündel mit den §§ 129,129a (Bildung/Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung).
Heraus kam, wie nicht anders zu erwarten, ein Großaufgebot von Bereitschaftspolizei, LKA, BKA, SEK..., das mit viel Getöse auszog und als Erfolg vermelden konnte:
Morgens um 6 Uhr Leute aus den Betten gerissen und stundenlang festgehalten. Türen demoliert, Zimmer durchwühlt. Persönliche Briefe, alte Schreibmaschinen, olles Werkzeug, politische Broschüren und Zeitschriften "beschlagnahmt". Menschen beim Pinkeln zugeschaut. Versehentlich Alarmanlagen ausgelöst. Und schließlich, was nicht mehr so lustig ist: Personen festgenommen.
All der Wirbel, der jetzt vermutlich seitens der BAW um einen "erfolgreichen Schlag gegen den Linksterrorismus" gemacht werden wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um nichts weiter handelt als um eine miese, chaotische Aktion, mit der Menschen eingeschüchtert und drangsaliert werden sollen.

Wir fordern die Bundesanwaltschaft auf, sich nach Karlsruhe zurückzuziehen und dort wegen erwiesener Überflüssigkeit selbst aufzulösen!

Terrorismus/Durchsuchungen/Zf
(Zusammenfassung - Neu: Festnahmen)
Vier Festnahmen bei bundesweiter Aktion gegen Linksextremism

Berlin/Karlsruhe (ddpADN). Bei einer großangelegten Durchsuchungsaktion in Wohnungen mutmaßlicher Linksextremisten und Linksterroristen sind am Dienstag vier Personen festgenommen worden, darunter auch in Berlin. Außerdem wurden Unterlagen und

Insgesamt wurden mehr als 50 Wohnungen in den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein durchsucht. Die Aktion aufgrund von Durchsuchungsbeschlüssen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes richteten sich gegen Mitglieder und Unterstützer der terroristischen Vereinigungen 'Antiimperialistische Zellen" (AIZ), 'Das K.o.m.i.t.e.e." und 'Rote Armee Fraktion" (RAF) sowie gegen die linksextremistische/linksterroristische Untergrundzeitung 'radikal".

Bisher unbekannte AIZ-Mitglieder haben nach den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft seit Ende 1992 unter anderem fünf Brand- und Sprengstoffanschläge begangen. Darunter seien auch Anschläge auf Wohnhäuser des ehemaligen Staatssekretärs Volkmar Köhler am 22. Januar in Wolfsburg und des Bundestagsabgeordneten Joseph-Theodor Blank (CDU) am 23. April in Erkrath. 'Das K.o.m.i.t.e.e." habe am 27. Oktober 1994 einen Anschlag auf eine Bundeswehrkaserne in Bad Freienwalde (Brandenburg) verübt und am 11. April einen Sprengstoffanschlag auf das künftige Berliner Abschiebegewahrsam Grünau vorbereitet.

Ferner führt der Generalbundesanwalt ein Ermnittlungsverfahren gegen 25 namentlich bekannte und weitere unbekannte Personen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beziehungsweise deren Unterstützung. Ihnen wird vorgeworfen, einer hochkonspirativ agierenden Organisation anzugehören, die für die Herausgabe und Verbreitung von 'radikal" verantwortlich ist. In dieser unregelmäßig erscheinenden Untergrundschrift werde für terroristische Vereinigungen geworben, für ihre Straftaten Propaganda gemacht und zu weiteren Terroraktionen aufgerufen.

Der autonome Stammtisch meldet sich zu Wort

IDer 8. Mai ist endlich vorbei" ..... und Timur und sein Trupp können endlich frei von der Leber weg im Wort zum Donnerstag in der Interim 333 vom 25.Mai 1995 zum Besten geben, was mensch bis zu diesem Datum auch an vielen autonomen Stammtischen doch nicht so laut sagen wollte.
Allerdings haben die SchreiberInnen des genannten Textes bewiesen, daß an ihnen die monatelange Diskussion um die Bedeutung des 8.Mai, ebenso wie z.B. die Texte der L.u.p.u.s.gruppe vorbeigerauscht sein müssen.
In diesesem Text ist so viel drin, was an offizielle Staatsideologie anknüpfen könnte, das ich nur Einiges auzählen will:
IEndlich ist der 8.Mai vorbei", nur nicht immer wieder über deutsche Geschichte und was wir damit zu tun haben, reden zu müssen, dieser Stoßseufzer wird sonst in ganz anderen politischen Zusammenhängen ausgestoßen .
IMuß man als einfacher, gerade mal drei Jahrzehnte alter, Autonomer tatsächlich eine Antwort auf die zwischenzeitlich von Oben gestellte Frage geben, ob man den 8. Mai nun in deutschen Landen nachträglich lieber eine IBefreiung" oder vielleicht doch eher eine INiederlage" nennen möchte?" fragt Timur und sein Truppe und es nicht schwer rauszuhören, was geht mich der Faschismus an. Damals habe ich noch nicht gelebt. Kurz danach geht es im selben Tenor weiter: I50 Jahre sind ein halbes Jahrhundert!" (wer hätte das noch nicht gewußt? Auf was wollent die AutorInnen raus? IDas ist wirklich eine lange Zeit".... Zwischenzeitlich hat sich ja doch einiges getan." Unbestritten, nur es schon ärgerlich, wenn das in dem Gestus vorgetragen wird, damit haben wir 30jährigen nichts zu tun.Und was heißt im Übrigen die Frage wird von oben gestellt. Die 8.Mai - Debatte wurde ja wohl nicht deshalb geführt, weil Herzog oder Weizsäcker es wollten, sondern weil sich in der Linken nicht nur die Antideutschen gegen solche Flachheiten wehrten.
Besonders makaber wird es, wenn die AutorInnen ausgerechnet den Schwur von Buchenwald zerpflücken und sich darüber wundern, Idas sind doch tatsächlich von Autonomen zitierte Worte am Ende des 20Jahrhunderts." Wenn Linke in Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts in ihre Politik nicht das bis heute aktuelle Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands zu integrieren vermögen und mit makaberen Wortspielen über den Schwur der Überlebenden aus den Konzentrationslagern hinwegtrampeltn (Ikommt gut"), sollten sie lieber ihre Worte halten als zu beklagen, daß einen die eigene Sprache verloren gegangen ist. Wenn der Text ein Beispiel für die verlorene Sprache ist, dann soll die ruhig verschollen bleiben.
Wenn dann noch in FAZ-Manier der 8.Mai-Vorbereitungsgruppe Stalinismus vorgeworfen wird, weil sie als Motiv für das Demoplakat Rotarmisten mit der Sowjetfahne ausgewäht haben, dann fragt mensch sich schon, was das mit linker Politik zu tun hat.
Zum Schluß geben sich die AutorInnen noch betont staatsmännisch. IJeder Versuch aus dem, bekanntlich nicht immer glücklichen, Verlauf der Ideutschen Nationalgeschichte" in diesem Jahrhundert," (ist das vielleicht ein Zitat von Herzog oder Kohl und es ist nur der Hinweis darauf verloren gegangen, d.Verf) I... eine Barrikade gegen die Gegenwart aufzurichten, wird politisch zum Scheitern verurteilt sein." Soll mensch die Zeilen so interpretieren, daß jeder Bezug auf den deutschen Faschismus/Antifaschisms aus linker Politik verschwinden möge. Und was ist mit dem IErrichten von moralischen Tabus" gemeint, die laut den VerfasserInnen Iimmer eine defensive und autoritäre Angelegenheit" seien. Vielleicht auch das Tabu, nicht Texte von Überlebenden der Konzentrationslager als Steinbrüche für Möchte-Gern -Weizesäckereien zu mißbrauchen?
Und zum kommen wieder die berühmt-berüchtigten Ikleinen Leute, d.h. wir", die angeblich zum Verschwinden gebracht werden sollen. Sind das jene, die Imanchmal auch gern" i n diesen Land leben (weiter vorne im Text), jene, die sich im Inicht immer glücklichen Verlauf der deutschen Nationalgeschichte" zum Schluß immer als Opfer gesehen haben und dabei in der Volksgemeinschaft oft genug aktiv mitgemacht haben beim Verfolgen von Juden und Jüdinnen, Linken....etc .
Die Idee des Wort zum Donnerstags wird ad Absurdum geführt, wenn Beiträge auf diesem Niveau dort plaziert werden. Bemüht Euch doch, um etwas inhaltsreichere Beiträge für diese Rubik

Einer, aus der 8.Mai-Vorbereitungsgruppe

Reisebericht über Mexico/Chiapas

Infoveranstaltung
für Frauen/Lesben

Mo. 19.6.95
19 Uhr
im
KATO
U-Bhf. Schles. Tor